1. Beilage: Aufruf gegen den Hohenzollernvertrag.

Dienstag, 12. Oktober 1926
8. Jahrgang. Nummer 239

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen monatl. 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 5 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. — Schluß der Inseraten-Annahme: in der Haupt-Expedition morgens 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens abends 6 Uhr.

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit den Beilagen: „Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Solidarität", „Die Kommunistin", „Der junge Kämpfer", „Proletarisches Feuilleton", „Wirtschaftl. Rundschau"

Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Telephon Ring 8837. Postscheckkonto: Breslau 544. Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Pfarrstr. 8/10, Tel. 495. Waldenburg, Cochiusstr. 6, Tel. 181. Görlitz, Kunitz 6, Tel. 2384. Liegnitz, Dänemarkstr. 40. Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50, Tel. Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags v. 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends v. 6—7 Uhr.

Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau.

Das Hohenzollerngesetz im Landtag

Obstruktion der Kommunisten

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 12. Oktober.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat am Montag anläßlich der 1. Beratung des Gesetzentwurfes über den Hohenzollern-Vergleich mit ihrer parlamentarischen Obstruktion gegen die Durchpeitschung der Gesetzesvorlage und gegen deren Verabschiedung begonnen. Da von vornherein von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen ein durch spätere Abstimmung erwiesenes Uebereinkommen bestand unter allen Umständen die Verschleuderung preußischen Staatsgutes zugunsten der Hohenzollern so schnell wie möglich durchzupeitschen — war es für die kommunistische Fraktion außerordentlich schwer, mit parlamentarischen Machtmitteln die Schandpläne des Hohenzollernblocks von Heilmann bis Wulle zu vereiteln. Die Genossen im Preußischen Landtag haben infolgedessen ihre Hauptkraft darauf konzentriert, von der Tribüne des Landtags die ungeheuerlichen Absichten der Hohenzollern-Parteien aufzuzeigen und die werktätigen Massen zum Kampf für die restlose Enteignung jeglichen Fürstenbesitzes und für die Verjagung der Hohenzollern aufzurufen.

Gleich der Auftakt zu der Montagsitzung, die überfüllte Tribünen sah, war außerordentlich stürmisch. Genosse Pieck verlangte die Absetzung der Hohenzollernvorlage, weil die Drucksache laut Geschäftsordnung zu spät den Abgeordneten zugegangen ist und weil verfassungswidrig auch ein Gutachten des Staatsrates nicht rechtzeitig vorgelegt war. Bei der Ablehnung dieses und anderer Anträge stimmen jedesmal die Sozialdemokraten und die anderen Regierungsparteien mit der gesamten Rechten gegen die Kommunisten.

Gen. Pieck bringt einen neuen Geschäftsordnungsantrag ein, die Weiterberatung des Gesetzentwurfes gemäß § 22 der Geschäftsordnung um vier Wochen zu verschieben. Das preußische Staatsministerium lege eine verdächtige Eile an den Tag, diesen unter allen Umständen vor der Beratung des Kompromißgesetzentwurfes im Reichstag zu erledigen. Selbst der Kompromißgesetzentwurf im Reichstag, gegen den wir gekämpft haben und den wir auch heute noch ablehnen, hält noch günstigere Bedingungen als der jetzt vorgelegte preußische Gesetzentwurf. Der Vorwand der Regierungsparteien, daß vom Reichstag keine andere Lösung zu erwarten sei, ist hinfällig. Auch dieser Antrag verfällt der Ablehnung. (Komm. Zuruf: Die ganze Bande ist bestochen!)

Gen. Pieck stellt weitere Anträge auf Umstellung der Tagesordnung, daß zunächst der kommunistische Antrag auf Abbruch der Siegesallee behandelt wird. Hier ständen die größten Verbrecher, die die Geschichte eines Landes aufweisen könne. (Ungeheures Toben auf der Rechten. Pfuirufe, Schlußrufe: Runter mit dem Lumpen!)

Nach erregter Geschäftsordnungsdebatte werden auch diese kommunistischen Anträge abgelehnt.

Nunmehr versucht der demokratische Minister Höpker-Aschoff sein Sprüchlein zugunsten der Hohenzollernbereicherung zum Besten zu geben. Von kommunistischer Seite wird er mit Pfeifen, Zurufen usw. empfangen. (Was bekommen Sie für Ihre Rede von den Hohenzollern? Herunter mit diesem Hohenzollernlakai!) Es hagelt eine Reihe von Ordnungsrufen. Die Kommunisten verhindern Höpker-Aschoff am Sprechen, nach mehrmaligen Versuchen muß er abtreten, der sozialdemokratische Präsident hebt die Sitzung auf.

Nach Wiedereröffnung kann der Finanzminister ebenfalls sich kaum verständlich machen, seine „Begründung" für die Notwendigkeit, den Vergleich zum Abschluß zu bringen, wird von den Kommunisten mit Gelächter aufgenommen. Als er davon spricht, daß dem Staat mehr „verbleibe, als man erwarten konnte", kommen neue Zurufe: Schamloser Betrüger! Er will das Volk belügen!

Nach Höpker-Aschoffs Gestammel, dessen Schluß mit Pfuirufen aufgenommen wird, begründet Gen. Pieck einen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten und verlangt die sofortige Besprechung, wie es nach der Geschäftsordnung möglich ist. Der Präsident legt jedoch die Geschäftsordnung willkürlich aus und läßt sich für diese Willkür von der Hohenzollernmehrheit Sanktion erteilen.

Gen. Pieck beantragt, daß sofort der Ministerpräsident herbeigerufen wird, um neben dem Finanzminister, der allein anwesend ist, diese Vorlage zu vertreten. Die ganze Regierung gehöre auf die Anklagebank. Wenn wir 100 Kommunisten im Landtag wären, so könnten wir auch nach der Verfassung den Antrag auf Anklageerhebung gegen den Ministerpräsidenten stellen. So müssen wir das Volk aufrufen, diese Regierung mitsamt ihrer Schandvorlage in den Orkus zu stürzen. Die Herbeirufung des Ministerpräsidenten verfällt der Ablehnung durch die Front Heilmann-Wulle.

Die kommunistischen Anträge auf restlose Enteignung des sogen. Hohenzollernbesitzes und auf Landesverweisung der Hohenzollern begründet sodann Genosse Bartels.

Genosse Eberlein brachte hierauf gegen den Innenminister einen Mißtrauensantrag ein.

Genosse Kasper wird wegen eines Zusammenstoßes mit dem deutschnationalen Abgeordneten Wiedemann von der weiteren Sitzung ausgeschlossen.

Die Besprechung wurde unter Protest der Kommunisten geschlossen. Die kommunistischen Anträge wurden mit den Stimmen der SPD. abgelehnt.

Genosse Eberlein griff die Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung zu der Vorlage an.

Abg. Herold (Ztr.) beantragte mit Unterstützung der Sozialdemokraten Schluß der Besprechung. Der Schlußantrag wurde mit Zustimmung aller Parteien gegen die Kommunisten angenommen. (Zurufe bei den Kommunisten: Lumpenbande, Fürstenknechte.) In seinem Schlußwort bezeichnete Genosse Bartels den Abg. Heilmann (Soz.) als geschickten politischen Schieber und sprach von einer „Hurenmehrheit der Hohenzollern". Er wurde dafür vom Präsidenten Bartels zur Ordnung gerufen.

Unter Ablehnung aller kommunistischen Anträge beschloß das Haus, die Hohenzollernvorlage und die dazu gestellten Anträge dem Hauptausschuß zu überweisen. Damit war die erste Beratung der Vorlage beendet.

Genosse Schwenk begründete einen Antrag, morgen zuerst die Erwerbslosenanträge zu beraten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dienstag 12 Uhr zweite Beratung der Hohenzollernvorlage, Fortsetzung der Magdeburger Aussprache.

Im Hauptausschuß angenommen

Berlin, 11. Oktober.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags nahm heute abend die Vorlage über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und dem Haus Hohenzollern mit allen gegen drei kommunistische Stimmen bei Stimmenthaltung der acht sozialdemokratischen Mitglieder an, desgleichen verschiedene deutschnationale Anträge auf Verbesserung der Verhältnisse der ehemaligen Hofbeamten. Die Vorlage geht an das Plenum zurück und soll am Freitag in dritter Lesung endgültig verabschiedet werden.

Die SPD.-Fraktion wird sich „der Stimme enthalten"!

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 12. Oktober.

Vor der heutigen Landtagssitzung nahm die preußische sozialdemokratische Landtagsfraktion endgültig zur Hohenzollern-Vorlage Stellung und beschloß erneut, sich bei der Abstimmung im Plenum der Stimme zu enthalten. Damit dürfte das Dagegenstimmen der sozialdemokratischen Vertreter im preußischen Staatsrat endgültig als Manöver entlarvt sein. Braun und Grzesinski nahmen an der Fraktionssitzung teil.

Vom Tage

Gestern fand eine offizielle Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags, Dr. Korsch, und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. v. Kampe, statt. Gegenstand der Beratung war die Große Koalition.

Die reaktionären Elemente in München versuchen die Arbeiten des Femeausschusses des Reichstages mit allen Mitteln zu sabotieren. So weigerte sich General v. Epp bei der Vernehmung die Hände aus den Hosentaschen zu nehmen. Im übrigen kann sich keiner der Mordbelden mehr an seine Taten erinnern.

Zur Lage in Deutschland

Von D. Lubinski-Frankfurt a. M.

Genosse D. L., der in den Jahren 1919/20 politischer Redakteur der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" war, sendet uns diesen Artikel.

Der Prozeß der Kapitalskonzentration als Teil der Nationalisierung geht weiter. Zu den bereits bestehenden finanzkapitalistischen Trusts, zu den Kartellen, Syndikaten und internationalen ökonomischen Abmachungen der deutschen Kapitalisten treten neue hinzu. Die Kapitalskonzentration bezieht sich nicht allein auf die Industrie. Im Bankgewerbe stehen — allem Anschein nach — neue gewaltige Fusionen bevor und auch im Handel vollzieht sich die Konzentrationsbewegung (Warenhaustrusts u. ä.). Die Vertrustung der industriellen Produktion bedeutet im übrigen den rapiden Niedergang des selbständigen Handels durch Errichtung eigener Verkaufsorganisationen des Industriekapitals, das auf diese Weise seinen Anteil am Gesamtprofit erhöht. **Der monopolistische Charakter des Kapitalismus in Deutschland manifestiert sich augenfällig in der Preissituation.** Der von den kleinbürgerlichen Oekonomen und Sozialpolitikern als organisches Produkt der Rationalisierung (Senkung der Produktionskosten) prophezeite Preisabbau ist ausgeblieben. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat beschloß eine Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. Oktober, und Erhöhungen der Eisen- und Kalipreise — diese Beispiele sind keineswegs erschöpfend — stehen bevor. Die Rationalisierung im Rahmen des monopolistischen Kapitalismus und im Schutze der Zölle und der internationalen Kartelle — jedoch unter der Last der Milliardenverschuldung an das ausländische Finanzkapital — bedeutet nämlich die Steigerung der Warenpreise über den Produktionspreis (Produktionspreis gleich Kostenpreis plus Durchschnittsprofit) hinaus. Entsetzt ruft ein Dr. Schloß, Frankfurt a. M., in einem Artikel: „Kohlenpreiserhöhung trotz Rationalisierung?" (Hamburger Wirtschaftsdienst Nr. 39 vom 1. Oktober) aus:

„Die vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat erstrebte Kohlenpreiserhöhung, weist alle Eigenschaften eines ökonomischen Präzedenfalles auf. Es handelt sich letzten Endes darum, ob die Rationalisierung zu einem Segen oder einem Fluch für die deutsche Wirtschaft werden soll. Es ist darum auch ganz gleichgültig, ob sich die geplanten Preiserhöhungen auf Hausbrand oder Industriekohle beziehen. Erhöhte Produktionskosten der Konsumgüterindustrien und verminderte Kaufkraft des Lohneinkommens wirken in der gleichen Richtung verminderter Nachfrage. Wenn das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat unter dem Zauber seiner besonderen Lage solchen Erwägungen nicht zugänglich ist, so sollte es wenigstens Reichskohlenrat und Reichswirtschaftsminister sein."

Die kleinbürgerlichen Oekonomen und Sozialpolitiker werden nie begreifen, daß die kapitalistische Rationalisierung allein den Profitinteressen des Monopolkapitals dient. Die Profitinteressen des Monopolkapitals aber sind etwas ganz anderes als die kleinbürgerlichen Illusionen über die Rationalisierungsresultate für die Glücklichmachung des „ganzen Volkes".

Welche Probleme hat die Rationalisierung bis jetzt gelöst? Die hohen Profite der industriellen Trusts und der Großbanken dürfen nicht täuschen. Das Problem der Absatzkrise (Verwertung der Produktionskapazität) und der Arbeitsmarktkrise (Verwertung der lebendigen Arbeitskraft) ist nach wie vor ungelöst. **Diese Probleme werden sich sogar (in der Perspektive) weiter zuspitzen, denn die Rationalisierung hebt ja die Krise des Absatzes und des Arbeitsmarktes nicht auf, sondern reproduziert sie im Effekt (steigender Widerspruch zwischen Produktion und Markt) auf erweiterter Stufenleiter.** Und so wie die tödlichen Zusammenbrüche mittlerer und kleinerer Unternehmen nicht aufgehört haben und nicht aufhören, so muß auch die Offensive des Monopolkapitals gegen die Werktätigen — trotz temporärer Konjunkturbesserungen und temporärer Nominallohnerhöhungen — immer wieder einsetzen. Sie muß sich immer wieder steigern. So müssen ferner die imperialistischen Aspirationen der finanzkapitalistischen Trusts immer schärfer hervortreten, wodurch sich natürlich die Kriegsgefahren in steigendem Maße verdichten. Die Offensive des Monopolkapitals gegen die Werktätigen bewegt sich in ausgedehntestem Rahmen. Die Gebiete der Sozialpolitik (in weitestem Sinne), der Steuer-

und Zollpolitik sind das unmittelbare Kampfterrain. **Hier fallen die Streiche, hier wird zugeschlagen, hier spielt sich in seinen letztlich bis zum offenen Kampf um die politische Macht führenden Steigerungen der „Klassenkampf des Alltags" ab, während der imperialistische Krieg den Klassenkampf unfehlbar auf die Stufe des Bürgerkrieges, des Kampfes um die proletarische Diktatur treibt.**

Die ökonomische Herrschaft der finanzkapitalistischen Trustis in Deutschland, ihre imperialistischen Aspirationen finden innen- und außenpolitisch den entsprechenden Ausdruck, den entsprechenden Ueberbau. Die französisch-deutsche Verständigung unter der Oberherrschaft des amerikanischen Finanzkapitals — der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist für das deutsche Monopolkapital nicht so bedeutungsvoll wie die französisch-deutsche Verständigung — führt in den Konsequenzen zur weltgeschichtlichen und weltentscheidenden Aufrollung des Antagonismus zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus. Die französisch-deutsche Verständigung führt ferner zur immer klareren Frontenbildung gegen die Sowjetunion. Es besteht auch kein Zweifel, daß der Generalissimus der Reichswehr, von Seeckt, nur deshalb zur Abdankung gezwungen worden ist, weil er der sich anbahnenden Koalition der deutschen Trustmagnaten und der französischen Imperialisten hindernd im Wege steht. Innenpolitisch betrachten die Trusts die sogenannte demokratische Republik bereits offen als vorteilhafte Staatsform. Und als vorteilhaften Regierungsblock, in dem sie der unbestrittene Dirigent sind, betrachten sie gegenwärtig eine Koalition, in der die Sozialdemokratie nicht fehlen darf und die sozial durch die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit den Unternehmern gestützt wird. Die Vorbereitungen zur Bildung der großen Koalition und zur Wiedererrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft — in der Praxis hat die Arbeitsgemeinschaft nie aufgehört — sind im Gange. Der Abgang Severings und der unerhörte Abfindungspakt, den der Sozialdemokrat Braun mit dem „Hause Hohenzollern" abgeschlossen hat, sind dazu da, den Weg zur großen Koalition freizumachen. **Die Trusts brauchen zur Durchsetzung ihrer Absichten die politische Koalition mit der Sozialdemokratie und die soziale Koalition mit den Gewerkschaften, um jede selbständige Klassenbewegung des Proletariats zu vereiteln.**

Die Herrschaft der finanzkapitalistischen Trusts ist auf die Dauer unvereinbar mit den Lebensinteressen der breiten Massen des werktätigen Volkes (der Herausbildung einer — relativen — Arbeiteraristokratie sind enge Grenzen gesteckt.) Der Kampf gegen die Herrschaft der Trusts ist zunächst vornehmlich ein Kampf um Lohn, um Arbeitszeit, um Sozialpolitik, um Sozialfürsorge, ein Kampf gegen Steuern und Zölle. Diesen Kampf praktisch zu führen, müßte die Hauptaufgabe der freien Gewerkschaften sein. Die Hamburger Hafenarbeiter, die gegen den Willen der völlig verrotteten, aber den Verbandsapparat beherrschenden, sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie in den Streik traten, brachen nach kurzer Zeit den Kampf wieder ab. Es zeigt sich, daß besonders in der Epoche der relativen Stabilität des Kapitalismus ein Kampf ohne direkte Beteiligung der Gewerkschaften nicht geführt werden kann. **Dies bedeutet, daß gerade in der Epoche der relativen Stabilität des Kapitalismus, in der Epoche der Trustherrschaft, das Ringen um die politische Beherrschung der Gewerkschaften von ungeheurer, ja von entscheidender Wichtigkeit ist.** So muß sich die Arbeit der Kommunistischen Partei im Kampf gegen die Trusts immer wieder auf den sehr mühevollen, sehr große Ausdauer und Beherrschung erfordernden Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften konzentrieren (parallel mit der Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften läuft natürlich die Arbeit zur Eroberung der Betriebe). Das zweite gleichwichtige Kapitel im Kampfe gegen die Trusts ist der Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg. Und auch hier genügt nicht die Propaganda in der Oeffentlichkeit, genügt nicht die Organisierung und Politisierung des Roten Frontkämpferbundes, sondern ist die Erfassung und Beherrschung der großen Massen der gewerkschaftlich organisierten Massen notwendig. **Gegen die finanzkapitalistischen Trusts kann der Kampf nur konzentriert, bei aktiver Beteiligung der großen organisierten Massen geführt werden.**

Die Zahl der in Hannover Erkrankten betrug am Montag früh 1590. Die der Toten 206. Neueingeliefert wurden 19 Personen (!).

Kommunistische Interpellation im Reichstage

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 12. Oktober.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der sie von der Reichsregierung Auskunft verlangt, wie sie sich zu dem Hohenzollernvergleich der Preußenregierung stellt. Weiter wird Auskunft verlangt, ob die Reichsregierung mit der bevorstehenden Rückkehr Wilhelm II. nach Deutschland einverstanden ist. Schließlich wird die Reichsregierung gefragt, ob sie durch die Auflösung des Reichstages dem Volke Gelegenheit geben wird, seinem Willen in der Fürstenfrage Ausdruck zu geben. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Ausweisung aller ehemaligen Fürsten aus dem Deutschen Reiche eingebracht. Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Alle ehemaligen Landesfürsten und ihre Nachkommen werden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen. Ihr gesamter beweglicher wie unbeweglicher Besitz wird vom Staate beschlagnahmt.

§ 2. Jeder Versuch der Rückkehr in das Deutsche Reich wird als Verbrechen des Hoch- und Landesverrats bestraft.

Die Berliner SPD.-Funktionäre gegen den Hohenzollernvertrag

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 12. Oktober.

Der „Vorwärts" von heute morgen berichtet, daß in einer Versammlung der Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD. folgende Entschließung einstimmig angenommen und damit die Politik der SPD. in der Fürstenfrage desavouiert wird: „Die Berliner Funktionärkonferenz erklärt, daß der dem preußischen Landtag vorliegende Vergleich mit den Hohenzollern für die Sozialdemokratie unannehmbar ist. Die Konferenz erwartet, daß die Landtagsfraktion diesen Vergleich ablehnt und seine Annahme mit allen Kräften zu verhindern sucht ..."

Der „Vorwärts" und Wilhelms Rückkehr

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 12. Oktober.

Der „Vorwärts" von heute abend zitiert die Aeußerungen Höpker-Aschhoffs über die eventuelle Rückkehr des Exkaisers im „Berliner Tageblatt" die Stellung des „Berliner Tageblatts" dazu und den § 23 des Republikschutzgesetzes, wonach Angehörigen ehemaliger regierender Familien der Aufenthalt verboten werden kann. Er nennt die Rückkehr Wilhelms in die Republik „selbstverständlich eine politische Unmöglichkeit". Das kann alles nicht verwischen, daß die von einem Sozialdemokraten geleitete preußische Regierung einen Vertrag abschließt, der den Hohenzollern die Rückkehr nach Deutschland gestattet.

Hindenburg will nichts gewußt haben

Berlin, 12. Oktober. (Eig. Drahtb.) Heute früh hatte die Z.-N.-Korrespondenz mitgeteilt, daß Hindenburg von der Teilnahme des preußischen Prinzen an den Reichswehrmanövern gewußt und sie gebilligt habe. Prompt erfolgt darauf heute abend das fällige Dementi, wonach selbstverständlich Hindenburg erst durch die Presse von der ganzen Angelegenheit unterrichtet worden sei. Ebenso wird eine amtliche Auslassung verbreitet, wonach der Rücktritt des Generals von Seeckt eine rein innerdeutsche Angelegenheit sei, die mit der Außenpolitik nichts zu tun habe.

*

Die Meldung der Korrespondenz „Zeitnotizen", daß Hindenburg von Seeckt über die Einstellung des „Kronprinzensohnes" in die Reichswehr vorher genau informiert war, konnte kaum jemand überraschen. Der „alte Soldat" und seine Berater, vor Allem sein alldeutscher Sohn, Major v. Hindenburg, der das Büro des Reichspräsidenten leitet, sind selbstverständlich für die Einstellung des Hohenzollern in die Reichswehr. Gerade auch in diesen Tagen konnte man eine klare Illustration der Leute, die den engsten persönlichen Verkehr von Hindenburg bilden, vorgeführt erhalten. Und zwar im Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstages, der gegenwärtig in München tagt. Herr Escherich, der einstmalige Organisator der bayrischen Einwohnerwehr — nach ihm „Orgesch" (Organisation Escherich) genannt — wurde als Zeuge vernommen. Herr Escherich hat sehr viel „vaterländisches Verständnis" für die Fememörder, die führende Leute seiner Organisation waren, gezeigt. Er hat sich geweigert, seinen Stabchef Kriebel von der Schweigeverpflichtung zu entheben. Er hat erklärt, daß die Aufklärung der Fememorde schlimmer sei, als die Morde selbst. Mit diesem feinen Herrn ist der Reichspräsident unserer sogenannten „Republik" gut Freund! Als Hindenburg im vergangenen Monat in die bayrischen Berge seine Urlaubsreise unternahm, versäumte er nicht, in Rosenheim Aufenthalt zu nehmen — und zwar nur, um seinen guten Freund Forstrat Escherich zu besuchen.

Der Zeppelin-Eckener-Betrug

Die Zeppelin-Eckener-Spende zum Bau von Zeppelin-Luftschiffen die bekanntlich von hohen und höchsten republikanischen Herrschaften, darunter auch der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, gefördert wurde, stellt sich jetzt offen als ein Schwindelunternehmen heraus.

Die preußische Regierung hat mehrmals die Vorlegung der Ergebnisse der Sammlungen der Zeppelin-Eckener-Spende verlangt. Ein General-Direktor des Schwindel-Unternehmens, Coböken, dessen Geschäftspraktiken sich als juristisch mehr oder weniger faßbaren Betrug herausstellten, mußte bereits vor einiger Zeit aus der Leitung der Spende entfernt werden. Trotzdem kam die neue Leitung der Regierungsforderung auf Rechenschaftslegung nicht nach. Der „M.-M." teilt jetzt mit, daß das Preußische Wohlfahrts-Ministerium als die verantwortliche Regierungsstelle angeordnet habe, daß auf polizeilichem Wege die Endabrechnung der Spende vorgenommen wird.

Ausschuß zur Prüfung der Mißstände im Deutschen Roten Kreuz

Aus sozialistischen und demokratischen Kreisen hat sich auf Anregung des Vereins sozialistischer Aerzte ein Fünfer-Ausschuß gebildet, der die zahlreichen Beschwerden, die gegen das deutsche Rote Kreuz im Laufe des letzten Jahres laut geworden sind, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt untersuchen will. Der Ausschuß bittet die Oeffentlichkeit um Mitarbeit und zwar um Mitteilung aller ihr über das Rote Kreuz bekannt werdenden Mißstände und Beschwerden. Mitteilungen bleiben unberücksichtigt, auch Beschwerden ohne Beweisstücke oder Angaben von Beweismegen sind für die Arbeit des Ausschusses nutzlos. Der Ausschuß hält die Namen der Mitteilenden auf Wunsch geheim. Anfragen und Mitteilungen sind zu richten an: Dr. Heinrich Dehmel (Verein sozialistischer Aerzte), Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 62, Tel. Hasenheide 2026, bzw. Ulrich Saalingre (Vossische Zeitung), Ullsteinhaus, Berlin, Kochstraße, Telephon Dönhoff 3600.

Vom englischen Kampf

(Eig. Drahtb.) **London**, 12. Oktober.

Cook erklärte in einer Botschaft an die Bergarbeiter: Der Kampf, der seit 24 Wochen dauert, darf nicht nachlassen. Eine Unterbrechung würde für die Bergarbeiter gegenüber den Grubenbesitzern eine Knechtschaft auf Jahre hinaus bedeuten. In bezug auf die Verschärfung des Bergarbeiterkampfes zeigte sich Cook kleinmütig und schwankend. Er ist gegen die Abberufung der Sicherheitsmannschaften. Würden die Arbeiter für Verschärfung des Streiks stimmen, so blieben ihm nur die Konferenzbeschlüsse gegen seinen Willen durchzuführen zurückzutreten. In dem Rotterdamer Hafen sind in gangenen Woche 354 Schiffe angekommen, von denen Kohle beladen waren. Im September sind 120 Da Rotterdam mit ausländischer Kohlenladung nach Engl langt.

Vorrücken der Kanton-Truppen

(Eig. Drahtb.) **Schanghai**, 12. Oktober.

Aus dem Hauptquartier der Regierungstruppen wird gemeldet: Wutschang ist am 9. Oktober gefallen. Der Stadtkommandant ist von uns gefangen genommen. 10 000 Kriegsgefangene, unzählige Kriegsbeute wurden erobert. Englische Agenturen melden ebenfalls unaufhaltsames Vorrücken der Kanton-Truppen.

Belgische Gemeindewahlen

Brüssel, 12. Oktober. (Eig. Drahtb.) — Die belgischen Gemeinderatswahlen ergaben große kommunistische Erfolge auf Kosten der Sozialdemokratie. In einigen größeren Städten ziehen zum erstenmal Kommunisten in die Gemeindevertretung ein. In Seroing gelang es, sämtliche sozialdemokratische Mitglieder des Gemeinderats aus dem Felde zu schlagen. Die Frauen haben zum erstenmal an der Wahl teilgenommen.

Rosa Bergers Wandlung

Der Roman einer Entwicklung / Von Otto Müller-Olomuc

1) Copyright by Kalmäuser-Verlag, Mannheim.

Rosa Berger, deren Entwicklung zur klassenbewußten proletarischen Frau in „Rosa Bergers Wandlung" gezeigt wird, ist als Kind und junges Mädchen in dem Roman „Ein Arbeitermädel" dargestellt worden. Dort wurde plausibel, wie sie, das Kind proletarischer Eltern, in der Illusion befangen sein konnte, es werde ein „reicher Mann" kommen, sie heiraten und „glücklich" machen. In vorliegendem Roman wird sich nun zeigen, wie durch die weitere Gestaltung ihres Lebens Rosa notgedrungen zu der Einsicht kommt, zur proletarischen Klasse zu gehören und an ihrem Befreiungskampfe interessiert zu sein.

In Betracht gezogen, in welcher Umgebung Rosa ihre Kindheit und Jugendzeit verbrachte, wird freilich offenbar, wie sie in eine so ausgesprochen kleinbürgerliche Denkweise geraten und hoffen konnte, wie ein Dornröschen aus hundertjährigem Schlafe durch eine Heirat von einem bürgerlichen „Prinzen" erlöst zu werden von ihrem proletarischen Leben. Wohl sind ihre Eltern Proletarier, aber was für Proletarier. Wohl arbeitet der Vater in einer Fabrik, aber er ist noch nicht einmal gewerkschaftlich organisiert; isoliert sich von seinen Kollegen und ist nur darauf bedacht, seine Arbeit akkurat zu erledigen und sich als ein dem Unternehmer durchaus ergebener Arbeiter zu erweisen.

Die Mutter Rosas ist erst recht in kleinbürgerlichen Anschauungen befangen. Wohl gibt es für sie zwei große Kategorien, die „reichen" und die „armen" Leute, daß es sich aber hierbei ganz einfach um zwei Klassen handelt, mag sie nicht wissen. Für sie bedeutet arm zu sein ein Schimpf und stehen alle „armen Leute" zugleich in dem Geruch, „faul", „unordentlich" und „ungebildet" zu sein. Sie schämt sich ihrer eigenen Armut in einer beschämenden Weise, in der sie Frau Berger möglichst zu verbergen, zu verschweigen und zu verleugnen sucht. Daß sie selbst als Kind armer Eltern geboren worden ist, hat sie diesen nie verziehen. Ihre einzige Entschuldigung, „nur einen Arbeiter" geheiratet zu haben, ist, „nicht hübsch genug" gewesen zu sein, um einen „besseren Herrn" finden zu können. So ist die Religion zur Grundstimmung ihrer Ehe geworden, die sich bei ihr insofern aktiv auswirkt, als sie Rosa mit Eifer in der Ansicht zu befestigen sucht, nur in der Wahl des „richtigen Mannes" liege ihr zukünftiges „Glück" verborgen.

Frau Berger glaubt, für ein „so hübsches und anständiges Mädchen", wie ihre Tochter, sei es nur eine Frage der Geschicklichkeit, ob sie von einem „gebildeten jungen Herrn aus besserem Hause" verehrt, geliebt und schließlich geheiratet werde. Da sie selbst kein Klassenbewußtsein besitzt, vermutet sie es auch nicht bei den Männern der besitzenden Klasse, und hegt die Auffassung, diese jungen Bourgeois gingen nur auf „Schönheit, Anständigkeit und Ordentlichkeit" aus. So ignoriert sie die Frage, ob Menschen, deren Lebensinhalt das „Geschäft" ist, nicht auch in ihrer Heirat eines ihrer vielen Geschäfte sehen könnten, und schärft ihrer Tochter in allen Tonarten die Parole ein: „Wende Dein Gesicht den jungen gebildeten Herrn aus den besseren Kreisen zu und tue alles, um einem dieser begehrenswerten Kavaliere so zu gefallen, daß er Dich am Ende heiratet!"

Unter diesen Auspizien ist Rosa in der Tat zu einem sauberen, ordentlichen und im Hinblick auf ihre körperliche Beschaffenheit selbstbewußte Mädchen erzogen worden. Sie hat eine gewisse straffe Haltung ihres Körpers, eine bewußte Liebenswürdigkeit besonders im Verkehr mit Menschen, die ihrer Ansicht nach „gesellschaftlich höher stehen" und eine bedachte Zurückhaltung in bestimmten Situationen sich zum Prinzip gemacht und erweckt dadurch in den Augen der Menschen, denen sie gefallen will, meist einen sympathischen Eindruck.

*

So naht denn auch bald das „Glück", mit „besseren Herren" in Berührung zu kommen. Rosa erlernt die Schneiderei und macht die Bekanntschaft des „akademisch gebildeten" Sohnes ihrer Chefin. Er ist ein literarisch aufgemachter Scharlatan, der sich ein müßiges Leben gönnt, während seine Mutter arbeitet und ein paar Schneiderinnen gehörig ausbeutet, um das Geld herbeizuschaffen, das der „junge Herr Doktor" zu seinem liederlichen Leben braucht. Auf diesen wüsten Burschen fällt Rosa herein, wobei zu ihrer Entschuldigung allerdings erwähnt werden muß, daß er in raffinierter Weise, nach einem von langer Hand angelegten Plan sie in die Falle lockt. Rosas Mutter, die bald von dieser Freundschaft erfährt, leistet ihrer Tochter förmlich Hilfsstellung als sie zu einer „solennen kostümlichen Soiree" eingeladen wird. Wie kann Rosa auch die Einladung eines „so feinen Herrn" abschlagen, zumal der Doktortitel seine Visitenkarte ziert? Was kann es für Frau Berger Herrlicheres geben, als die Aussicht, ihre Tochter könnte einst eine „Frau Doktor" werden? Wie durfte eine Gelegenheit verpaßt werden, in „höhere Gesellschaftskreise" eingeführt zu werden?

Rosa geht begeistert hin und kommt zerknirscht zurück, nachdem sie sehr schnell hat erfahren müssen, worauf es dem Doktor lediglich ankam, und ist außer sich, wenn sie daran denkt, wie schnell er sein Ziel zu erreichen vermochte. Sie ist hinter das Licht geführt und in schofler Weise mißbraucht worden. Da sie im gegebenen Augenblick einverstanden gewesen ist, gibt es keine Handhabe, ihren Verführer gesetzlich zur Rechenschaft zu ziehen, obgleich sie ihn ins Zuchthaus bringen würde, wenn es möglich wäre. So ist sie das erstemal zum Opfer ihrer Unwissenheit und ihrer Illusionen geworden.

Da sie nicht so erzogen ist, jetzt den Mut zur rücksichtslosen Offenheit zu haben, verschweigt sie ihrer Mutter gegenüber ihr „Erlebnis", so daß diese nichts und Rosa wenig daraus lernt. Für sie ist der Doktor ein „abscheulicher und gewissenloser Mensch." Daß er der Angehörige einer Klasse sein könnte, mit deren Weltanschauung es durchaus übereinstimmt, den anderen Menschen bedenkenlos als Mittel zum Zweck zu benutzen, das kommt Rosa nicht in den Sinn. So bleiben ihre Illusionen, und da auch ihr „Ziel" bleibt, behält sie auch weiterhin die Voraussetzungen, in dieser oder ähnlicher Weise mißbraucht zu werden.

Nachdem Rosa ausgelernt hat, findet sie auf Betreiben ihrer Mutter Anstellung in einem „vornehmen Atelier". Entsprechend seiner „vornehmen" Inhaberinnen ist auch das Salär, wie hier der Lohn genannt wird, niedrig und die Aufsicht bei der Arbeit streng. Rosa wird gehörig ausgebeutet; aber, „hier verkehren Damen aus ersten Gesellschaftskreisen, und man weiß nicht, wie einem das noch zugute kommen kann", argumentiert Frau Berger, als ob sie schon ahne, daß eines Tages der „studierende" Sohn des Kommerzienrat Esche in Begleitung seiner „Mama" auftauchen und sein Auge wohlwollend auf Rosa fallen werde. Freilich „ahnt" Frau Berger nicht, daß er sich keineswegs auf der Suche nach einer Frau, sondern nach einem „passenden Verhältnis" befindet. Für die ahnungslose Mutter aber nahen sich Rosas „Glück" schon in großen Schritten.

(Fortsetzung folgt)

Ausschneiden! **Ankleben!**

Massen heraus gegen den Hohenzollernvertrag!

An alle sozialdemokratischen Arbeiter!

Klassengenossen! Wir wenden uns an Euch, weil ein neuer unerhörter Verrat an Euren Forderungen, an Eurem klar ausgesprochenen Willen vom 20. Juni 1926 begangen werden soll. Im Volksentscheid setztet Ihr, proletarische Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Euch ebenso einmütig für die entschädigungslose Enteignung aller ehemaligen Fürsten ein, wie die Kommunisten und insgesamt 15 Millionen Werktätige in ganz Deutschland. Heute soll der Millionenwille des Volksentscheids mit Füßen getreten werden, und die Führer Eurer eigenen Partei helfen bewußt dazu mit. Am 6. Oktober hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun ein Abfindungsabkommen zwischen Preußen und dem Hohenzollernhause unterzeichnet. Der Vertrag wurde bereits im Preußischen Staatsrat angenommen und soll in den ersten Tagen dieser Woche durch einen Beschluß des Preußischen Landtages endgültig in Kraft treten.

Klassengenossen! Sozialdemokratische Arbeiter!

Wißt Ihr, was dieses schamlose Abfindungsabkommen bedeutet? Die davongejagten Hohenzollern-Banditen sollen insgesamt 400 000 Morgen besten Landes, darunter die Herrschaft Cadinen und das Fürstentum Oels, zahlreiche Paläste, Schlösser, Grundstücke und Wertobjekte, sowie 15 Millionen Goldmark in bar erhalten, die bis Anfang Mai nächsten Jahres vollständig ausgezahlt sein müssen. Außerdem lassen sich die Hohenzollern auch noch alle Entschädigungssummen geben, die vom Staat für die im Ausland beschlagnahmten Güter des ehemaligen Königshauses auf Grund des Versailler Friedensvertrages bezahlt werden. Wozu diese Schlösser benutzt werden sollen, beweist § 7 des Vertrages, in dem es wörtlich heißt:

„Der Staat stellt dem vormals regierenden König Wilhelm II. auf etwaigen Wunsch Schloß und Park zu Homburg v. d. H. als Wohnsitz für ihn und seine Gemahlin auf Lebenszeit beider zur Verfügung."

Das bedeutet, daß Wilhelm II. mit seinem faschistischen Hof- und Offiziersgesindel in Kürze nach Deutschland gelassen werden soll.

Jetzt begreift man, warum bereits ein Hohenzollernprinz als Leutnant für die Reichswehr eingestellt wird. Jetzt begreift man, warum die Regierung es ablehnt, auch nur einen Pfennig zur Unterstützung der hungernden Erwerbslosen zu geben. Jetzt begreift man, warum in den Schiedssprüchen der Regierung auch die kleinste Lohnerhöhung für die arbeitenden Massen brutal abgelehnt wird.

Aus dem Elend der Arbeiterschaft sollen nicht nur die Profite des Trustkapitals und die Dawesleistungen gezahlt werden, sondern auf Kosten einer ungeheuren Verschärfung ihrer Notlage sollen auch die verruchten Hohenzollern mit allen Gütern, Schlössern und Millionen abgefunden werden.

Das Ergebnis des Volksentscheids wird von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun mißachtet, Euer Wille wird verhöhnt, Euer und unser gemeinsamer Kampf gegen die Fürsten soll mit einem Federstrich zunichte gemacht werden.

Sozialdemokratische Arbeiter! Klassengenossen!

Die Kommunistische Partei hat sofort zu Beginn des großen Fürstenraubzuges den Kampf für die entschädigungslose Enteignung proklamiert. Sie hat die Bewegung für den Volksentscheid eingeleitet, ohne den geringsten Zweifel darüber zu lassen, daß vom kapitalistischen Staat keine Erfüllung des Volkswillens zu erwarten ist. Sie hat auch von vornherein das zweideutige Spiel Eurer Führer gekennzeichnet. Euer Parteivorstand hat alles menschenmögliche aufgeboten, um das Zustandekommen des Volksentscheids zu verhindern. Eure Führer und Abgeordneten wiesen den Gedanken des Volksentscheids wochenlang als „Kohl" und als „kommunistische Mache" zurück. Erst unter dem Druck des aufsteigenden Massensturms bequemten sie sich zur Teilnahme an der Bewegung. Und nach dem 20. Juni verhinderte abermals nur der Druck der Massen, nicht zuletzt die Erbitterung der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter selbst, daß die Reichstagsfraktion der SPD. dem schmählichen Kompromißentwurf der bürgerlichen Mittelparteien für die Fürstenabfindung zustimmte.

Inzwischen hat sich die Situation verändert. Außen- und innenpolitisch ist ein Umschwung von größtem Ausmaß im Gange. In der Hoffnung, daß die Wachsamkeit der 15 Millionen nach dem Resultat vom 20. Juni einschlafen wird, haben Eure Führer neue Fäden zu dem Fürstenpack gesponnen. In allen großen Fragen unterstützen sie die bürgerliche Politik. Sozialdemokratische Führer, besonders Breitscheid, vollzogen an der Seite der reaktionären Reichsregierung Deutschlands Eintritt in den imperialistischen Völkerbund. Auf dem Dresdener Reichskongreß der deutschen Industriellen sind der Scharfmacher Silverberg die SPD. zum Wiedereintritt in die Große Koalition, zur gemeinsamen Regierungsbildung mit den Kapitalisten des Zentrums und der Demokraten, mit den Monarchisten der Deutschen Volkspartei ein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Leipart und Graßmann antworteten bereits im „Vorwärts" mit vollster Zustimmung auf dieses Unternehmerangebot. Gleichzeitig sind in Preußen Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei im Gange, um auch dort die Große Koalition zu bilden. Angesichts der Koalitionsbereitschaft Eurer Führer geht die Bourgeoisie immer frecher zu neuen Angriffen gegen die arbeitenden Massen vor. Sie will einen Hungerwinter über das deutsche Proletariat verhängen, wie er seit Jahren nicht mehr da war. Dem Millionengeschenk an die Fürsten soll der Raub der Erwerbslosenunterstützung, die Einführung der Erwerbslosenversicherung, die Hunderttausende aussteuert, die 30prozentige Mietsteigerung in Preußen folgen.

Nicht nur wirtschaftlich werden die Arbeiter bis aufs letzte geplündert und ausgesogen, sondern sie sollen auch mit allen politischen Mitteln rechtlos gemacht werden. Der Eintritt Eurer Führer in die Große Koalition soll der Anlaß zum vollständigen Raub des Streik- und Koalitionsrechts der ganzen Arbeiterschaft werden, zu dem das Zwangssystem behördlicher Schiedssprüche, der provokatorische Eingriff des Reichsarbeitsministers Brauns gegen die streikenden Hafenarbeiter das Signal gab.

Klassengenossen!

Duldet dieses Spiel Eurer Führer nicht. Durch unseren gemeinsamen Kampf haben wir 15 Millionen im Volksentscheid gegen die Fürsten mobilisiert. Durch unseren gemeinsamen Kampf haben wir das erste Fürstenkompromiß im Reichstag zerstört. Eure Führer schworen damals Stein und Bein, daß sie von der entschädigungslosen Enteignung nicht ablassen würden. Heute machen sie ihr Versprechen wahr. Während man damals den Hohenzollern 200 000 Morgen und 6 bis 7 Millionen Goldmark geben wollte, erhalten sie heute 400 000 Morgen und 15 Millionen Goldmark. Während Eure Führer damals durch die Arbeiterschaft zum Verzicht auf das Kompromiß gezwungen wurde, versuchen sie Euch heute zu überrumpeln. Schon haben die Braun und Severing den Schandvergleich unterschrieben. Schon hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion feierlich versprochen, daß sie der Braun-Regierung „bei der raschen Erledigung des Vergleichs keine Schwierigkeiten machen wird". Wenn die SPD.-Vertreter im Preußischen Staatsrat gegen den Vergleich stimmten, so war dies nur ein gefahrloses und demagogisches Täuschungsmanöver, da die Deutschnationalen erklärt haben, daß sie für den Vergleich stimmen werden.

Eines Eurer eigenen Parteiblätter, die „Frankfurter Volksstimme", teilt der Oeffentlichkeit mit, daß in der geheimen Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beschlossen wurde, sich bei der Abstimmung des Landtages über den Hohenzollernvergleich in der kommenden Woche der Stimme zu enthalten.

Sozialdemokratische Arbeiter!

Ihr, die ganze Arbeiterschaft und Millionen Werktätige sollen in den nächsten vier Tagen abermals schmählich verraten und betrogen werden. Ohne Euer Wissen, hinter Eurem Rücken haben sich Eure Parteiführer mit den fürstlichen Räubern und Mördern verständigt.

Duldet es nicht! Wehrt Euch! Werft Euch mit Eurer ganzen Kraft dagegen!

Die Kommunistische Partei wird alles tun, um zu verhindern, daß der Wille des ganzen arbeitenden Volkes in Deutschland erneut durch ein Häuflein parlamentarischer Schieber und Fürstenknechte vergewaltigt wird. Die kommunistische Landtagsfraktion hat bereits ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Braun-Grzesinski eingebracht.

Sozialdemokratische Arbeitsgenossen!

In letzter Stunde rufen wir Euch zu: Laßt Euch nicht betrügen! Nehmt mit uns gemeinsam den schärfsten Kampf gegen den neuen Fürstenraubzug, gegen den neuen Kompromißschwindel auf. Nicht 15 Millionen, sondern keinen Pfennig, keine Handbreit Erde und keinen Ziegelstein den fürstlichen Verbrechern!

Vereitelt den betrügerischen Kuhhandelsplan Eurer Führer! Greift sie an! Fordert Rechenschaft von ihnen! Sendet Delegationen in den Landtag, zu Euren Führern und zum ADGB.! Nehmt in den Betrieben Stellung!

Erzwingt die Anwendung der schärfsten Obstruktion im Landtag, wenn der Schandvergleich beschlossen werden soll!

Beteiligt Euch mit uns gemeinsam in allen Bezirken und Betrieben an der Massenmobilisation zum außerparlamentarischen Kampf gegen das Fürstenpack und gegen den Schandvergleich!

Bildet überall Einheitskomitees in den Betrieben zur Verhinderung der Fürstenabfindung und zur gemeinsamen Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats!

Beteiligt Euch an dem bevorstehenden Reichskongreß der Werktätigen, der das Signal zur Aufnahme des Kampfes gegen Reaktion, Massenelend und Unternehmerdiktatur werden soll!

Heraus in Massen gegen den Fürstenraubzug!

Berlin, den 9. Oktober 1926.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Zur innerparteilichen Lage

Wichtige Beschlüsse aus dem Bezirk Schlesien

Breslau, 12. Oktober.

Die Bezirksleitung der KPD. erhält folgende Resolutionen zur Veröffentlichung zugesandt:

Die Funktionäre des Unterbezirks Waldenburg

(Mit 55 gegen 3 Stimmen angenommen.)

Die heute am 10. Oktober 1926 in Dittersbach zu einer Konferenz versammelten Funktionäre des Unterbezirks Waldenburg erklären sich solidarisch mit dem Vorgehen des Zentralkomitees der KPD. in Fragen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion. Sie verurteilen das parteischädigende Verhalten der ultralinken Opposition um Ruth Fischer, Maslow und andere Oppositionsgruppierungen. Sie billigen die organisatorischen Maßnahmen des ZK. gegenüber diesen Parteischädlingen. Die Funktionäre sind sich gerade in der gegenwärtigen Situation bewußt, wie sehr es der Einheit und Wachsamkeit des Weltproletariats bedarf, um die Anschläge der Völkerbundsmächte gegen Sowjetrußland zurückzuschlagen. Unbedingt wendet sich die heutige Konferenz gegen alle Versuche der Spaltung unserer Partei. Sie verurteilt das Vorgehen der 700, die durch ihre Erklärung gezeigt haben, daß sie vor dem Aeußersten nicht zurückschrecken. Wir fordern unsere Genossen auf, in allen Mitgliederversammlungen auf breitester Basis die Probleme zu erörtern. Gleichzeitig aber alle Kraft einzusetzen, um uns den Aufgaben zu widmen, die der Arbeiterklasse durch das durchgeführte Rationalisierungsprogramm und die sich ständig verschärfende Kapitalsoffensive erwachsen. Unsere Losung muß sein: Alle Kräfte eingesetzt, um nicht nur die Einheit der Partei zu wahren, sondern um in verstärktem Maßstabe unseren Einfluß auf die Arbeiterschaft zu vertiefen. Es lebe die Einheit der Partei!

Die Unterbezirksleitung Liegnitz der Partei und der Jugend

(Einstimmig angenommen.)

Die Funktionäre der UBL. Liegnitz der Partei und Jugend haben den Bericht über die BL.-Sitzung entgegengenommen, jedoch mit Befremden gehört, daß anstatt positiver Arbeit zum großen Teil nur innerpolitische Fragen erledigt wurden. Wir sind der Ansicht, daß, wenn die Opposition das Bedürfnis hat zu diskutieren, das tun kann an allen anderen Tagen, jedoch nicht, wenn Delegierte der verschiedenen Unterbezirke da sind. Diese kommen, um Anweisungen für die notwendigen Arbeiten entgegenzunehmen. Wir verweisen auf Punkt 9 des September-Arbeitsplanes.

Die Unterbezirkskonferenz Görlitz

(Einstimmig angenommen.)

Die Unterbezirksdelegiertenkonferenz Görlitz protestiert dagegen, daß ultralinke Genossen ihr Fraktionsmaterial in den Räumen der Parteibetriebe offiziell verteilen, dort versuchen, von auswärtigen Genossen Adressen zu erhalten und somit den Beweis erbringen, innerhalb der Partei des revolutionären Proletariats Fraktionen hochzuziehen. Die Konferenz fordert von der BL. schärfstes Einschreiten gegen diese Genossen und stellt sich auf den Boden der Beschlüsse des ZK. und der BL. in der Frage der Einheit der Partei.

Zu Sternbergs „Imperialismus"

In der Sonnabend-Nummer der „A.-Z." veröffentlichten wir eine Besprechung über das Werk „Der Imperialismus" von Dr. Fritz Sternberg. Durch eine falsch eingesetzte Korrekturzeile wurde der erste Absatz dieser Besprechung unverständlich. Wir geben ihn im folgenden noch einmal vollständig wieder:

Soeben bringt der Malik-Verlag ein neues Werk heraus: Der Imperialismus von Dr. Fritz Sternberg. Sicherlich wird dieses Buch innerhalb der Komintern eine größere Beachtung finden. Nicht allein aus dem Grunde, weil der Imperialismus die Kardinalfrage unserer Gegenwart ist und deshalb jede marxistische Untersuchung der theoretischen und praktischen Seiten des Imperialismus sich von größter Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf erweist. Weitaus schwerer für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Sternbergschen Buche wird ins Gewicht fallen, daß Sternberg in den Mittelpunkt seiner Darlegungen eine neuartige theoretische Begründung des Imperialismus rückt.

Der Kottbuser Hungerstreik

Berlin, 12. Oktober. (Eig. Drahtb.) — Eine Delegiertenabordnung aus Vertretern der Roten Hilfe, der preußischen kommunistischen Landtagsfraktion und dem Sekretär der Liga für Menschenrechte forderten gestern vom Vertreter des preußischen Justizministeriums, dem Ministerialrat Dankworth, die Anerkennung der Forderungen der Kottbuser 27 politischen Gefangenen. Die provokatorische Antwort war: Der Justizminister denkt gar nicht daran, wegen des Hungerstreiks von ein paar Leuten, seine grundsätzliche Stellung aufzugeben.

Fragen an Husemann!

Herr Husemann!

Sie haben auf der am 8. und 9. September in London stattgefundenen Konferenz der Exekutive der Bergarbeiterinternationale die Verpflichtung übernommen, alles zu tun, um die deutschen Bergarbeiter für den Hilfsstreik zu mobilisieren.

Wie haben Sie das gemacht?

Haben Sie konkrete Anweisung an alle Verbandsfunktionäre gegeben?

Haben Sie in allen Zahlstellen dazu Stellung nehmen lassen?

Haben Sie Belegschaftsversammlungen des Verbandes veranlaßt? Wann und wo?

Haben Sie laufend die Mitglieder über die Solidaritätsbewegung in anderen Ländern unterrichtet?

Warum haben Sie nicht die Resolutionen des französischen und belgischen Verbandes in der Verbandszeitung abgedruckt?

Herr Husemann!

Sie haben in Ostende erklärt, daß die Christlichen ein Hindernis seien für die Hilfsaktion, d. h., daß diese nicht mitmachen würden. Was die Verbandsführer betrifft, so werden Sie recht haben, denn Sie kennen den Imbusch so gut, wie der Imbusch Sie. Aber wir sind neugierig!

Haben Sie mit dem Vorstand des Gewerkvereins darüber verhandelt?

Sie verhandeln doch sonst über alles mögliche mit ihm, nicht wahr?

Hat Herr Imbusch glatt abgelehnt? Wenn ja, warum haben Sie das nicht der Oeffentlichkeit mitgeteilt?

Wäre Imbusch ein Kommunist, dann hätten Sie eine solche Sabotage doch gleich groß im Verbandsorgan aufgemacht — nicht wahr?

Warum haben Sie als Führer im Hauptvorstand des BAV. sich nicht über Imbuschs Kopf an die christlichen Bergarbeiter gewandt?

Warum hat der Hauptvorstand überhaupt keinen Aufruf zum Solidaritätsstreik erlassen? Und — Herr Husemann — warum hat die sozialdemokratische Presse als das politische Sprachrohr der neutralen Verbandsspitzen nicht die geringste Propaganda gemacht? —

Aus den Gewerkschaften

Ueberstunden in der Industrie rauben einer Million Arbeitslosen das Brot

Die Staatsinstitute und gewerkschaftlichen Verbände zeigen wenig Neigung, eine wahrheitsgemäße Statistik der Ueberstunden zu veröffentlichen. Selbst in dem Bericht des ADGB. — der mit einer Verspätung von ganzen dreiviertel Jahren erschienen ist — und in der erdrückenden Mehrheit der Jahrbücher der einzelnen Gewerkschaften wurde diese „Kleinigkeit" übersehen. Indessen sind diese Ueberstunden gegenwärtig eine der wichtigsten, praktischen Kernfragen der Arbeiterklasse Deutschlands.

Von bedeutenden gewerkschaftlichen Verbänden veröffentlichten eine mehr oder weniger genaue Statistik folgende: der Metall-, der Textil- und der Holzarbeiterverband und sehr ungenau der Fabrikarbeiterverband. Alle diese Angaben beziehen sich bis auf den 1. Januar 1926 und betreffen die Ueberstunden, die bis zu diesem Termin durch Tarifverträge festgesetzt werden. In den meisten Fällen gelten diese Tarifverträge bis zum heutigen Tage, jedenfalls hat die Arbeitszeit bei der Erneuerung der Verträge keine Aenderung erfahren.

Der Textilarbeiterverband, der die genannten Angaben in dieser Frage gibt, entwirft uns folgendes schändliche Bild. Von den 800 282 Beschäftigten der Textilindustrie, die von den Tarifverträgen umfaßt werden, arbeitet kein einziger nur 46 Stunden die Woche.

I. 12 693 Beschäftigte arbeiten laut Vertrag 48 Stunden die Woche.

II. 349 084 Beschäftigte arbeiten von 50—60 Stunden die Woche mit Zuschlägen für die Mehrarbeit:

35	Beschäftigte	arbeiten	laut	Vertrag	50	Stunden	die Woche
864	„	„	„	„	50½	„	„ „
5 597	„	„	„	„	51	„	„ „
80	„	„	„	„	52	„	„ „
257 188	„	„	„	„	53	„	„ „
83 994	„	„	„	„	54	„	„ „
45	„	„	„	„	56	„	„ „
1 281	„	„	„	„	60	„	„ „

III. 433 444 Beschäftigte arbeiten 50 bis 54 Stunden die Woche ohne irgendwelche Zuschläge für die Mehrarbeit:

26 292	Beschäftigte	arbeiten	laut	Vertrag	50	Stunden	die Woche
57 229	„	„	„	„	51	„	„ „
55 813	„	„	„	„	52	„	„ „
117 357	„	„	„	„	53	„	„ „
176 753	„	„	„	„	54	„	„ „

Demnach haben wir statt 46 Arbeitsstunden noch Ueberstunden die Woche:

I.	Für	12 693	Beschäftigte insges.	25 386	Ueberstund.	die Woche
II.	„	349 084	„ „	2 573 145	„	„ „
III.	„	433 444	„ „	2 964 714	„	„ „
			Zusammen	5 563 245	Ueberstund.	die Woche

Laut den Angaben des Holzarbeiterverbandes, der mit seinen Tarifverträgen 276 693 beschäftigte Personen umfaßt, ergibt sich folgendes:

Für	44 167	Personen	48	Stunden, also	88 334	Ueberstunden d. W.
„	165 395	„	51	„ „	826 975	„ „
„	58 247	„	54	„ „	537 048	„ „
				Zusammen	1 452 357	Ueberstunden d. W.

Die Tarifverträge des Metallarbeiterverbandes umfassen 1 892 567 Personen, die folgende Anzahl Ueberstunden pro Woche leisten:

203 885 Personen arbeiten 48 Stunden die Woche, also insgesamt 407 770 Ueberstunden die Woche;
242 473 Personen arbeiten 48 bis 52 Stunden die Woche, also insgesamt ungefähr 969 892 Ueberstunden die Woche,
945 748 Personen arbeiten 48 bis 54 Stunden die Woche, also insgesamt ungefähr 4 728 740 Ueberstunden die Woche;
470 455 Personen arbeiten mehr als 54 Stunden die Woche, also insgesamt ungefähr 5 175 005 Ueberstunden die Woche;

Zusammen 11 281 407 Ueberstunden.

Die Tarifverträge des Fabrikarbeiterverbandes umfassen 618 609 Personen, die Angaben über die Ueberstunden werden von diesem Verbande direkt nicht veröffentlicht. Dennoch ist die Mehrarbeit in dieser Gewerkschaft nur nach indirekten Zahlen festzustellen. So z. B. gibt der Jahresbericht für die bedeutendste Branche dieses Verbandes — für Papiererzeugnisse — die Arbeitszeit mit 60 Stunden an; auch in den Konserven- und Margarinebranchen soll laut Bericht die Arbeitswoche ziemlich lang sein. Wenn diese Berechnung selbst einen Fehler zugunsten des Fabrikarbeiterverbandes aufweist, so stellt sich doch der Arbeitstag dieser Verbände auf neun Stunden oder 54 Stunden die Woche. Demgemäß betragen die Ueberstunden einer Woche für alle Arbeitenden (die in den Tarifvertrag des Verbandes einbegriffen sind):

618 609 × 8 gleich 4 948 872 Stunden.

Die Tarifverträge der vier oben genannten gewerkschaftlichen Verbände umfassen folgende Zahlen von Personen und von Ueberstunden die Woche:

	Zahl der in die Tarifverträge einbegriffenen Personen	Zahl der Ueberstunden die Woche
Metallarbeiterverband	1 892 567	11 281 407
Textilarbeiterverband	800 282	4 563 245
Fabrikarbeiterverband	618 609	4 948 872
Holzarbeiterverband	276 693	1 452 357
Zusammen	3 496 151	22 245 881

In der Industrie sind ungefähr 10 000 000 Menschen beschäftigt; die Tarifverträge der vier genannten Verbände umfassen etwa 3,5 Millionen Personen oder 35 Prozent. Kleinere Verbände und die breite Masse, die ohne Tarifverträge arbeitet, befindet sich, was die Arbeitszeit anbetrifft, selbstverständlich nicht in besseren, sondern in noch schlechteren Verhältnissen. Von den oben angeführten 3,5 Millionen Beschäftigten fallen durchschnittlich auf jeden Arbeiter 6,36 Ueberstunden die Woche. Da uns ausreichende Angaben über die Arbeitszeit aller Arbeitskategorien der Industrie fehlen, wollen wir diese Norm (6,36 Ueberstunden die Woche) auf alle anderen übertragen, was jedenfalls keine Uebertreibung bedeutet.

Laut Berichten des Reichsstatistischen Amtes sind in der Industrie (ohne Handel, Landwirtschaft, Staatsämtern, Eisenbahntransport, Bauwesen usw.) etwa 2 500 000 Arbeitslose (inklusive Kurzarbeiter umgerechnet in Vollarbeitslose). Folglich arbeiten faktisch in der Industrie 7 500 000 Personen. Diese 7 500 000 Menschen arbeiten 6,36 mal 7 500 000 gleich 477 000 000 Ueberstunden die Woche, und das könnte (477 000 000 : 46) also 1 036 956 Arbeitslosen Arbeit geben. Mit anderen Worten, wenn die Industrie die 46-Stundenwoche einhalten und auf die Mehrarbeit verzichten würde, dann könnte über eine Million von Arbeitslosen eingestellt werden.

Im harten Kampf mit den Ueberstunden, im Kampf für die 46-Stundenwoche und für die sofortige Einstellung von einer Million Arbeitslosen in die Industrie fordern wir von dem ADGB. und von den leitenden Gewerkschaftsspitzen: Kündigung aller Tarifverträge überall dort, wo die Arbeitswoche 46 Stunden überschreitet. F. David.

*

Diese Zuschrift eines Gewerkschaftsgenossen ergänzt treffend unsere gestrigen Ausführungen über den Beschluß der Bundesausschußsitzung des ADGB. Dieser verlangt bekanntlich eine Notverordnung zwecks Verbot aller längeren als der achtstündigen Arbeitszeit. Erst an zweiter Stelle appelliert er an die einzelnen Verbände, durch geeignete Maßnahmen dem Ueberstundenunwesen, von dessen Ausmaße die Zuschrift ein Bild gibt, entgegenzutreten. Wir sagen auch heute: Die unerhörte Ueberstundenschande kann nur dann beseitigt, die Beschaffung von Arbeit für Hunderttausende Arbeitslose kann erst dann durchgeführt werden, wenn der ADGB. und alle Gewerkschaften ihre ganze Macht einsetzen und, unbeirrt von der Schlichtungsverordnung, einen geschlossenen und rücksichtslosen Kampf führen. Den Kapitalisten imponieren keine Wünsche. Ihnen imponiert allein die zum Kampf schreitende Arbeiterschaft. Nur im Kampf ist der kampflos preisgegebene Achtstundentag zurückzuerobern.

Der Korruptionsskandal im Maschinisten- und Heizer-Verband

Den beiden Verbandsvorsitzenden Klebe und Schlichting wird nachgesagt, daß sie 17 500 Mark Verbandsgelder unterschlagen haben

Im Maschinisten- und Heizer-Verband spielt seit Jahren eine Korruptionsaffäre eine so unheilvolle Rolle, daß der ganze Verband dauernd beunruhigt wird, das Vertrauen der Mitglieder verloren geht und die Werbekraft des Verbandes aufs Schwerste beeinträchtigt wird. Die verbandsschädlichen Wirkungen dieser in der gesamten Mitgliedschaft besprochenen Korruptionsgeschichten sind um so schlimmer, als sich die Vorwürfe **gegen die obersten Führer des Verbandes richten**, und von der Verbandsleitung nichts getan wird, um die Angelegenheit aufzuklären, sondern umgekehrt, sie zu vertuschen.

Wir haben mit der öffentlichen Behandlung dieser Affäre deshalb zurückgehalten, weil wir annahmen, daß die verantwortlichen Stellen des M.- u. H.-Verbandes selbst für die Aufklärung der Angelegenheit und für die Ausmerzung der eventuell Schuldigen Sorge tragen würden. Heute liegen jedoch die Dinge so, daß **ein weiteres Verschweigen** dieser Angelegenheit in der Oeffentlichkeit geradezu **ein Verbrechen** nicht nur an der Organisation der Maschinisten und Heizer, sondern an der gesamten freien Gewerkschaftsbewegung wäre. Denn inzwischen sind die schweren Beschuldigungen gegen Klebe und Schlichting von dem ehemaligen Sektionsleiter der Binnenschiffer, Dyrrlich, in einer Broschüre, die im ganzen Reich und besonders unter den Maschinisten und Heizern in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde, öffentlich erhoben worden.

Dyrrlich stellt in seiner Broschüre die Sache folgendermaßen dar:

Die Verbandsvorsitzenden Klebe und Schlichting hätten im Jahre 1919 bei einem gewissen Guthmann in Nürnberg **Schreibmaschinen für den Verband** gekauft. Diese Schreibmaschinen wären von Klebe und Schlichting **mit 17 500 Mark überbezahlt worden.** Für dieses Geld hätte Guthmann **je eine Zimmereinrichtung für Klebe und Schlichting** geliefert. Um deren Beseitigung durchzusetzen, und die geplante Vertuschung zu verhindern, informierte der Sekretär Jacobi verschiedene leitende Funktionäre des Verbandes, u. a. den Kollegen Vogelsberg, über den Sachverhalt. Jacobi schrieb zu diesem Zweck folgenden Brief:

Goslar, den 9. Juli 1924.

Werter Kollege Vogelsberg!

Zu einer Beschwerdesache gegen den Kollegen Klebe teile ich zu Deiner Information folgendes mit:

Während des Verbandstages in Karlsruhe wohnte ich im Hotel National. Wir waren eines Abends bei dem Kollegen Setzer im Hotelzimmer zusammen, wo die Kollegen Klebe, Schlichting, Schütz, Weidner und ich mit noch einigen anderen Kollegen, deren Namen mir entfallen sind, anwesend waren.

Abends gegen 10 Uhr gingen wir auseinander. Ich bemerkte, daß bei diesem Zusammensein Klebe vom Kellner ein Telegramm bekam, beim Lesen dessen er sich verfärbte. Nachts 12½ Uhr wurde ich in meinem Hotel geweckt, und Klebe begehrte Einlaß.

Er teilte mir mit, daß er auf Rücksprache mit Kollegen Schlichting zu mir komme, daß sie meine Hilfe brauchten, und er mir deshalb ein Geständnis ablegen müsse. In der Sache Fleischmann, betreffs der Schreibmaschinenkäufe von Guthmann habe er heute ein Telegramm bekommen, das für beide das schlimmste befürchten lasse. Ich müsse sofort nach Berlin fahren, um bei den maßgebenden Stellen einzugreifen, daß die Untersuchung gegen sie beide eingestellt würde. Klebe erklärte mir dann, tatsächlich hätten sie die Schreibmaschinen mit einem Ueberpreis, und zwar insgesamt **17 500 Mark zuviel bezahlt.** Für diese 17 500 Mark habe Guthmann ihnen, also Klebe und Schlichting, je eine Zimmereinrichtung nach ihrer Privatwohnung geliefert. Durch die Untersuchung drohe nun die Aufdeckung dieser Sache. Guthmann habe telegraphisch gewarnt, er wolle mit der Sache nichts mehr zu tun haben und zahle die 17 500 Mark zurück. Klebe verlangte von mir, ich solle sofort nach Berlin fahren, bei der Wucherstelle darauf dringen, daß die Untersuchung bis zur Rückkehr Klebes und Schlichtings nach Berlin ruhen soll. Dann soll ich sofort mit einem Spediteur nach Karlshorst fahren und die Möbel abholen und sie auf irgendeinen Speicher bringen.

Klebe versuchte bis morgens 4 Uhr, mich zu bearbeiten. Ich lehnte ab. Klebe bestellte mich auf 6 Uhr zum „Europäischen Hof", wo Schlichting auch zugegen war. Doch auch hier lehnte ich ihr Verlangen ab, in dieser Sache nach Berlin zu fahren.

Beide Vorsitzenden erklärten mir dann, wenn ich nicht fahre und sie retten würde, so würden sie den Verbandstag eröffnen, Klebe würde einen kurzen Bericht geben und eine kurze Erklärung, in welcher er sagen werde, daß sie ihr Amt niederlegen und sofort ohne weiteres abreisen würden. Klebe meinte, daß sie in Karlsruhe dem Fleischmann nicht den Triumph geben würden, dort verhaftet zu werden und Fleischmann sei dann der Retter des Verbandes. Auf meine Frage, ob sie verrückt seien, unsere Organisation sei dann in der Oeffentlichkeit vollständig erledigt. Darauf sagten mir die beiden, das Interesse der Organisation verlange es von mir, einzuspringen, **um den Zusammenbruch und die Blamage zu verhüten.** Reise ich nicht, würden sie reisen, einerlei was aus dem Verbandstag und der Organisation würde.

Mit Rücksicht auf die ungeheuren Schäden, die der Organisation erwachsen würden, wenn beide Vorsitzenden ihr Wort wahr gemacht hätten, ließ ich mich breitschlagen, abzureisen. Auf der Wucherstelle erreichte ich dann, daß die Akten blieben, bis Klebe und Schlichting zurückkamen. Nach Karlshorst ging ich nicht; die Möbel auf einen Speicher zu bringen, lehnte ich ab, weil ich mit der Sache nichts zu tun haben wollte. **Wie aus der Abrechnung vom zweiten Quartal 1921 hervorgeht, hat tatsächlich Guthmann 17 500 Mark zurückgezahlt.**

Nach Rückkehr Klebes und Schlichtings nach Karlshorst haben sie dann jeder die Zimmereinrichtung verschickt an die Kollegen Setzer und Mathies, die ja selbstverständlich nicht die leiseste Ahnung hatten, was es damit für eine Bewandtnis habe.

Mit freundlichem Gruß! gez. Jacobi.

Dieser Brief wurde in einem bestimmten Kreis von Verbandsfunktionären bekannt, die nunmehr versuchten, Klebe und Schlichting zur Verantwortung zu ziehen. Klebe und Schlichting erklärten aber die von Jacobi in dem Brief aufgestellten Behauptungen für Schwindel. Eigenartigerweise auch Jacobi dann öffentlich eine Erklärung ab, in der er die von ihm aufgestellten Behauptungen in dem Brief als unwahr zurückzog.

Den Wortlaut dieses Briefes veröffentlichte Dyrrlich, der inzwischen wegen Differenzen mit dem Vorstand aus dem Verband ausgeschlossen wurde, in seiner Broschüre. Das einfachste wäre nun gewesen, Klebe und Schlichting hätten gegen Dyrrlich eine gerichtliche Klage eingereicht. Das lehnten sie jedoch ab, vielmehr faßte der Vorstand des M.- u. H.-Verbandes den Beschluß, daß auf keinerlei Behauptungen, die von dem „Verleumder" Dyrrlich ausgehen, zu reagieren wäre, also auch **keine Klage gegen Dyrrlich** erhoben werden soll. Diese Vogel-Strauß-Politik war jedoch um so schädlicher, als Dyrrlich, der ein großer Querulant ist, einen neuen Verband, den „Freien Gewerkschaftsbund", gründete und dafür vor allem die Binnenschiffer und Maschinisten und Heizer einzufangen trachtete. Er schickte zu diesem Zweck an die ihm von seiner früheren Tätigkeit bekannten M.- u. H.-Kollegen im ganzen Reich die von ihm herausgegebene Broschüre. **Die Verwirrung unter der Kollegenschaft war sehr groß. Sie verlangte kategorisch, daß die Angelegenheit vom Vorstand einwandfrei geklärt werde.** Da der Vorstand eine Klage gegen Dyrrlich ablehnte, wurde von der Kollegenschaft in den verschiedensten Zahlstellen ein **Ausschlußverfahren gegen Jacobi** gefordert, denn wenn Jacobi derartige „unwahre" Briefe schreibe, so müsse er ausgeschlossen werden. Die Kollegen nahmen mit Recht an, daß sich Jacobi dies nicht ohne weiteres gefallen lassen werde und dann zur restlosen Klärung der Angelegenheit sein von ihm offensichtlich zurückgehaltenes Material vor dem Schiedsgericht auspacken würde. **Der Vorstand wandte sich aber bezeichnenderweise auch gegen ein Ausschlußverfahren gegen Jacobi.**

Inzwischen ist insofern eine neue Sachlage eingetreten, als Jacobi, der inzwischen, weil er das 60. Lebensjahr überschritten hat, pensioniert ist, einer Reihe von Kollegen gegenüber Aufklärung gab, warum er seinerzeit den Brief zurücknahm. Jacobi erklärt heute:

„Die Widerrufung meines Briefes geschah von mir unter Zwang und ist nicht richtig. **Richtig ist vielmehr, daß der Brief von A bis Z vollkommen wahr ist.** Ich habe seinerzeit den Brief wiederrufen, **weil ich als Verbandsangestellter meine Existenz zu riskieren hatte,** wenn ich meinen Brief aufrecht erhalten hätte. Da ich in meinem Beruf keinerlei Stellung mehr bekommen konnte, wäre ich materiell vollkommen ruiniert gewesen, und so habe ich unter Druck den Brief widerrufen. Inzwischen bin ich pensioniert, und **ich will diese Lüge nicht mit ins Grab nehmen.** Deshalb rede ich heute offen."

Wir glauben, daß die ganze freie Gewerkschaftsbewegung und **vor allem auch der ADGB.-Vorstand und -Ausschuß,** dessen Mitglied die Verbandsvorsitzenden des M.- u. H.-Verbandes ebenfalls sind, im Interesse ihrer Sauberkeit selbst verlangen müssen, daß Klebe und Schlichting alles tun, um sich von dem schweren Vorwurf der Korruption einwandfrei zu reinigen. **Träfe der Vorwurf zu, dann wären Klebe und Schlichting ganz gemeine Betrüger, die sich auf Kosten der mühsam aufgebrachten Mitgliederbeiträge persönliche Vorteile verschafften.** Solche **Kollegen könnten nicht in der Arbeiterbewegung geduldet** werden. Ist der Vorwurf unberechtigt, dann liegt es ebenso im Interesse der deutschen Gewerkschaften, daß durch Verbandsschiedsgerichte, wie auch gegen Dyrrlich durch die offiziellen Gerichte die Unhaltbarkeit der Vorwürfe vor der ganzen Oeffentlichkeit festgestellt wird.

Breslau

Das geplante Straßenbahnnetz

Im folgenden veröffentlichen wir auszugsweise eine Zuschrift der Straßenbahnverwaltung mit dem beabsichtigten Plan der neuen Linienführung. Wir werden in der nächsten Zeit zu den Fragen des Straßenbahnverkehrs noch Stellung nehmen.

Linienführungen, die aufgehoben werden sollen.

Unter diesen Gesichtspunkt fällt vor allem die Tauentzienstraße von der Brüderstraße bis zum Sonnenplatz. Ebenso überflüssig erscheint die Verbindung in der Kürassierstraße zwischen Gabitzstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße, da die Hauptverkehrsrichtung radial nach dem Ringe oder dem Hauptbahnhof strebt.

Unwirtschaftlich erscheint auch die Verbindung vom Reichspräsidentenplatz durch die Hohenzollern-Straße nach dem Höfchenplatz, da dieses Gebiet durch die nahen Linien in der Kaiser-Wilhelm-Straße in der Goethestraße und in der Höfchenstraße mehr wie genügend erschlossen ist.

Die Linienführung durch die Freiburger Straße über Berliner Platz nach der Schwertstraße ist bei der unmittelbaren Nähe des Stadtgrabens mit der besseren Verkehrsmöglichkeit überflüssig.

Die Linienführung durch die Herrenstraße zwischen Blücherplatz und Burgstraße und in der Kupferschmiedestraße zwischen Ober- und Katharinenstraße führen durch so enge und dabei vom übrigen Fuhrwerksverkehr stark belasteten Straßen, daß die Außerbetriebsetzung geboten erscheint.

Unter dem gleichen Gesichtspunkt ist die Strecke Zwingerplatz, Weidenstraße, Christophoriplatz zu betrachten.

Auch das Stück in der Gustav-Freytag-Straße zwischen Bohrauer- und Herdainstraße ist als Betriebsstrecke nicht unbedingt erforderlich.

Schließlich fällt unter den Gesichtspunkt der Aufhebung auch noch das Linienstück in der Sternstraße zwischen Piastenstraße und Fürstenbrücke, da mit Inbetriebnahme der neuen Kaiserstraße das Schwergewicht des Verkehrs von und nach Leerbeutel das Stadtzentrum ermöglicht wird.

Wichtige fehlende Verbindungsstücke.

Solche sind die Flurstraße von der Grünstraße zur Brüderstraße als eine Verbindung vom Hauptbahnhof zum Südosten, Osten und Nordosten der Stadt und das Stück in der Matthiasstraße zwischen Waterlooplatz und Herzogstraße zum Zwecke der Schaffung einer geradlinigen und kurzen Verbindung der nördlichen Stadtteile mit dem Ring. In der südlichen Vorstadt erscheint später der Ausbau der Bohrauer Straße zwischen Stein- und Lehmgrubenstraße sehr erwünscht, weil dadurch die kurze, geradlinige Führung der jetzigen Linie 17 durch das Stadtzentren ermöglicht wird.

Die Neueinteilung der Linien auf dem noch verbleibenden Netze wird von der Tatsache beherrscht, daß Breslau zwei Verkehrsschwerpunkte besitzt, den „Ring" und den „Hauptbahnhof", die in geeigneter Weise mit den einzelnen Stadtteilen und möglichst auch unter sich zu verbinden waren. Entsprechend diesem Grundsatze wurden nachstehende Linienführungen gewählt:

Zum Hauptbahnhof:

von	Linie
[illegible]el	11
[illegible]	18
[illegible]r Vorstadt	14
[illegible]traße	4
[illegible]	7
[illegible]itz	6
[illegible]tstraße	11
[illegible]höfchenplatz	18
Kirschallee	4, 14
Dürrgoy	6
Ohlauer Tor	7
Südring	S
Nordring	N

Zum Ring:

von	Linie
Grüneiche	1
Leerbeutel	8
Scheitniger Vorstadt	13
Matthiasstraße	3
Trebnitzer Platz	2
Benderplatz	12
Westend	1, 26
Pöpelwitz	6, 16
Striegauer Platz	8
Gräbschen	5, 15
Kürassierstraße	3, 13, 2, 22
Südpark	2
Helmutstraße	12
Dürrgoy	6
Klein-Tschansch	16
Morgenau	26

Die Wagenfolge der neuen Linien wird auf den von verschiedenen Linien gemeinsam befahrenen Strecken eine zum Teil wesentlich dichtere sein. Mit der Neueinteilung soll auch eine systematische Numerierung der einzelnen Linien vorgenommen werden, und zwar nach dem Grundsatz, daß Linien, die größere Strecken gemeinschaftlich verkehren, oder Linien, die nach einem gewissen Stadtteile führen, ähnlich lautende Nummern erhalten werden. Zur Erleichterung des Umsteigeverkehrs ist beabsichtigt, das Umsteigen auf eine der beiden Ringlinien als „Uebersteigen" zuzulassen. Außerdem sollen besondere Sonntagslinien eingerichtet werden oder bestehende Linien nach wichtigen Ausflugsorten verlängert werden.

Die geplanten Linienführungen.

Linie 1: Vom Tschepiner Platz über die Westendstraße, Königsplatz, Nikolaistraße, Albrechtstraße, Ohlau-Ufer, Lessingbrücke, Scheitniger Straße, Tiergartenstraße nach Grüneiche. Wagenfolge: 10 Min.

Linie 2: Vom Südpark durch die Kaiser-Wilhelm-Straße, Schweidnitzer Straße nach Odertor, wie bisher. Wagenfolge: 5 Min.

Linie 3: Von Gabitzstraße, Ecke Kürassierstraße, über Höfchenstraße, Museumstraße, Stadtgraben, Neue Schweidnitzer Straße, Ring, Universitätsbrücke, Matthiasstraße bis zur Flutstraße. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 4: Kirschallee, Lobestraße, Bohrauer Straße, Hauptbahnhof, Taschenstraße, Katharinenstraße, Sandbrücke, Gneisenauplatz, Blücherstraße zum Endpunkt der Linie 3 in der Matthiasstraße. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 5: Gräbschener Friedhöfe, Gräbschener Straße, Graupenstraße, Ring, Albrechtstraße, Ohlau-Ufer, Lessingbrücke, Adalbertstraße zum Waschteichpark. Wagenfolge: 5 Minuten.

Linie 6: Wie bisher von Dürrgoy nach Pöpelwitz. Wagenfolge: 5 Minuten.

Linie 7: Ofener Straße, Ecke Klosterstraße, Tauentzienstraße, Brüderstraße, Gartenstraße, Sonnenplatz, Neue Graupenstraße, Stadtgraben, Königsplatz, Königsbrücke, Wäldchen, Rosenthaler Straße nach Oswitz. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 8: Von Leerbeutel über Fürstenstraße, Neue Kaiserstraße, Freiheitsbrücke, Ohlau-Ufer, Albrechtstraße, Nikolaistraße nach dem Striegauer Platz. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 11: Von Zimpel über Friedrich-Ebert-Straße, Paßbrücke, Tiergartenstraße, Scheitniger Straße, Adalbertstraße, Lessingbrücke, Ohlau-Ufer, Feldstraße, Grünstraße, Hauptbahnhof, Gartenstraße, Höfchenstraße nach Gabitzstraße, Carolauskirche. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 12: Von Helmutstraße, genau wie heute Linie 17, durch Steinstraße, Lohestraße, Sedanstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ring, Universitätsbrücke, Rosenthaler Straße nach Schießwerder. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 13: Von der Gabitz-, Kürassierstraße über Höfchenstraße, Museumstraße, Schweidnitzer Straße, Ring, Universitätsbrücke, Matthiasstraße, Herzogstraße nach Lehmdamm. Wagenfolge: 10 Min.

Linie 14: Von Kirschallee, wie Linie 4, bis zum Gneisenauplatz, dann Sternstraße bis Piastenstraße. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 15: Von Gräbschen — Straßenbahnhof —, wie Linie 5, bis Blücherplatz. (An Sonn- und Feiertagen bei Bedarf Verlängerung bis Grüneiche.)

Linie 16: Von Pöpelwitz — Schlachthof, wie Linie 6, bis Taschenstraße, dann durch die Klosterstraße, Ofener Straße bis zum Friedhof St. Bernhardin. Wagenfolge: 5 Minuten.

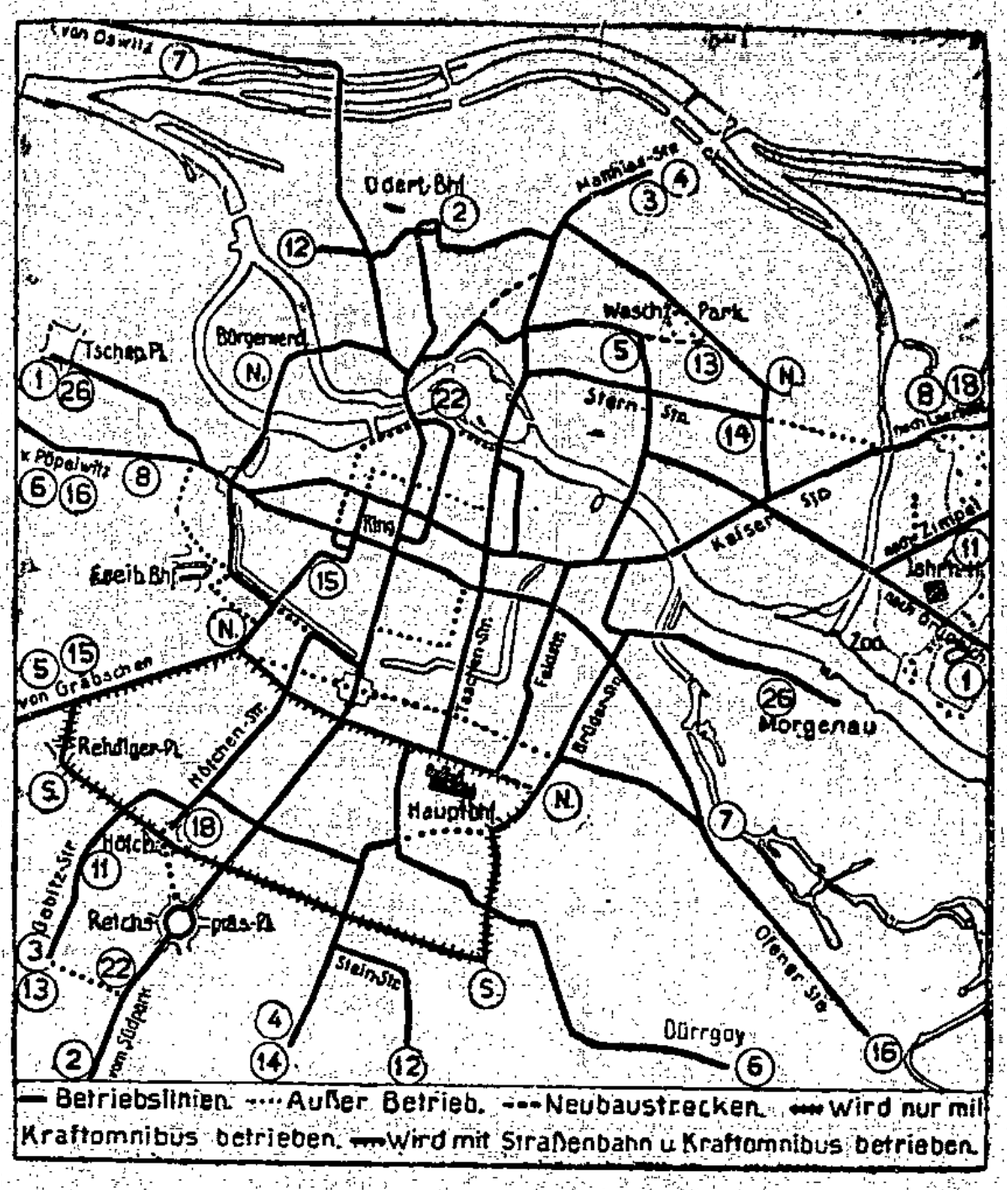
Linie 18: Von Leerbeutel, wie Linie 8, bis Ohlau-Ufer, Feldstraße, dann durch die Feldstraße, Grünstraße, Hauptbahnhof, Bohrauer Straße, Sedanstraße, Viktoriastraße nach dem Höfchenplatz. Wagenfolge: 10 Minuten.

Linie 22: Von Kaiser-Wilhelm-Straße/Kürassierstraße, wie Linie 2, bis Universitätsbrücke, von da wieder zurück. Wagenfolge: 5 Minuten.

Linie 26: Von Morgenau über Mauritiusplatz, Klosterstraße, Ohlauer Straße, Neuschestraße, Wachtplatz, Westendstraße nach dem Tschepiner Platz. Wagenfolge: 10 Minuten.

Südring: Hauptbahnhof, Gartenstraße, Immerstraße, Gräbschener Straße, Goethestraße, Herdainstraße, Brüderstraße, Hauptbahnhof, wie bisher. Wagenfolge: 7½ Minuten.

Nordring: Hauptbahnhof, Flurstraße, Brüderstraße, Mauritiusplatz, Garvestraße, Freiheitsbrücke, Kaiserstraße, Piastenstraße, Michaelisstraße, Weißenburger Straße, Trebnitzer Platz, Bender-Platz, Rosenthaler Straße, Kohlenstraße, Wilhelmsbrücke, Königsbrücke, Königsplatz, Stadtgraben, Neue Graupenstraße, Sonnenplatz, Gartenstraße, Hauptbahnhof. Wagenfolge: 5 Minuten.



Achtung, Erwerbslose!

Alle kommunistischen Erwerbslosen treffen sich am morgigen Mittwoch nachmittag 3 Uhr zu einer äußerst wichtigen Sitzung bei Graf, Westendstraße 37. Parteimitgliedsbuch mitbringen.

Alle kommunistischen Metallarbeiter

treffen sich Dienstag 7,30 Uhr im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße zu einer wichtigen Sitzung. Jeder muß erscheinen.

Pfänderversteigerung. Wir machen auf das Inserat des Städt. Leihamtes in unserer heutigen Nummer aufmerksam.

Pressefest-Tombola. Alle Genossen, die noch Lose zum Verkauf haben, werden aufgefordert, diese noch heute Trebnitzer Straße 50 abzugeben, da erst dann eine Veröffentlichung der Gewinn-Nummern möglich ist.

Wetterbericht

des meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Aussichten für das schlesische Flachland (bis 500 Meter): Bei zeitweise auffrischendem südwestlichem Winde, wechselnd bewölkt, einzelne Schauer, tagsüber etwas milder. — **Aussichten für die schlesischen Mittelgebirge** (500 bis 1000 Meter): Bei auffrischendem südwestlichem bis westlichen Winde wechselnd bewölkt, nur vereinzelt etwas Regen, nach kühler Nacht mit Bodenfrostgefahr tagsüber etwas milder. — **Aussichten für die schlesischen Hochgebirge** (über 1000 Meter): Bei erneut zunehmendem westlichen Winde stark wechselnde Bewölkung, vereinzelt leichter Schnee, etwas wärmer.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau.

— **Zellengruppe Nord.** Heute 6,30 Uhr Funktionärsitzung bei Bartnek, Matthiasstraße 94.

— **Nordost.** Frauenversammlung Dienstag 7,30 Uhr, Gertrudenstraße 22. Thema: **„Wie sich ein Kommunist seiner Frau gegenüber zu verhalten hat."**

— **Süd.** Oeffentliche Mitgliederversammlung Dienstag im „Roten Hirsch", Bohrauer Straße Ecke Brunnenstraße.

— **Stadtverordnetenfraktion.** Mittwoch 7 Uhr Sitzung Rathaus 71.

— **Zellengruppe Nordwest.** Mittwoch nachm. 2 Uhr Erwerbslose. Alles andere um 5 Uhr bei Thomas, Kletschkaustr. 18.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.

— **Metallarbeiter** (auch Erwerbslose) heute 6,45 Uhr im „Roten Löwen" Sitzung.

— **Gruppe Nord, Zentrum, Süd.** Mittwoch Heimabend, Cecilienschule. „China im Kampf". Ref. H. Metze. Gäste willkommen.

— **Gruppe Ost.** Mittwoch Heimabend Brockauer Straße. „Neutraler oder Arbeiter-Sport". Ref. Thomas. Gäste eingeladen.

— **Gruppe West.** Mittwoch Gruppenabend Posener Schule. „Max Hölz-Abend".

— Der gesamte JSB. trifft sich Mittwoch nachm. 5 Uhr im Turmhof, Neue Antonienstraße.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Abtlg. 4.** Dienstag 7 Uhr bei Graf, Westendstraße 37, General-Mitgliederversammlung. Auch **Zug 2** erscheint.

— **Rote Jungfront.** Dienstag in allen Abteilungen Kameradschaftsabende.

Weißstein—Neu-Salzbrunn. Mittwoch 7 Uhr im „Finsterbrunn" Kameradschaftsabend.

Sonstige Organisationen

Breslau.

— **Rote Hilfe Ost.** Mittwoch 7,30 Uhr bei Franke, Tauentzienstr. 173 Generalmitgliederversammlung. Ref. Wollweber.

— **Rote Hilfe Süd.** Dienstag, 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung.

Freiburg. Metallarbeiter-Mitglieder-Versammlung. Mittwoch 7 Uhr im Blücher, Polsnitz. Akkordarbeiter sind besonders eingeladen.

Liebau. Dienstag 8 Uhr Sitzung aller Dissidenten. Ort wird noch bekannt gegeben.

Nieder-Salzbrunn. Mieterschutzverein. Dienstag 7 Uhr im „Viehkrüg" Mitgliederversammlung.

Freiburg. Kartell-Sitzung. Donnerstag 8 Uhr im „Grünen Baum". Die Funktionäre der Gewerkschaften und der Kanalarbeiter sind dazu eingeladen.

Dienstag, 12. Okt. 4.30: Funkkapelle. Mitw.: Ott Pfeifer (Sopran). — Goldmark: Ouv. „Sakuntala". — Humperdinck: Fant. „Königskinder". — Bizet: Habanera u. Seguidilla aus „Carmen". — Schillings: Walzer nach „Mona Lisa". — Saint-Saens: Sieh, mein Herz, und Die Sonne, sie lachte, aus „Samson und Dalila". — Strauß: Fant. „Elektra". — Goldmark: Vorspiel zum 3. Akt „Heimchen am Herd." ⊙ 6: Kinderrundfunk: Märchentante (Kitty Seiffert) Kinderlieder, ges. von Marg. Nerlich (Sopran). ⊙ 7: „Nervöse Störungen" von Oberarzt Dr. Richtzenhain. 2. V.: „Der Rausch". ⊙ 7.30: „Die Operette im Wandel der Zeiten", von H. Urban. 6. V. Leo Fall und Oskar Strauß. ⊙ 8.15: Schlager und Duette. Mitw.: Frieda Weber-Fleßburg (Koloratursopran). A. Fleßburg (Tenor). Funkkapelle. Suppe: Ouv. „Schöne Galathe". — dell'Aqua: Villanelle. — Bucci-Peccia: Lolita. — Ziegler: Am Rüdesheimer Schloß. — Nicholls: Pikador. — Strauß: Frühlingsstimmen-Walzer. — Nelson: „Wenn sich mein Mädilein ins Bettchen begibt". — Friml: „Schatz, was ich von Dir geträumt hab". — Loeser: The Nigger Song. — Profos: Afrika. Blues. — Loeser: Mexican Love. Blues. — Strauß: „Ja, so ein Frauenherz". — Knopf: „Wenn der Spatz sein Nest sich baut". — Kalman: „Tanz mit mir ins Himmelreich", „Ich möchte träumen". — Redlin: Weidmannsheil.

Mittwoch, 13. Okt. 3.50: Kulturgeschichte: „Das Jahr und seine Feste im Glauben und Brauch des Volkes. Das Ernte-Dankfest". Dr. Boehlich. ⊙ 4.30: 9 Walzer der Funkkapelle. ⊙ 6: Aus Büchern der Zeit: Dr. v. Grumbkow. Rezit. Viktor Fuchs. ⊙ 7: Rechtswissenschaft. Dr. Kohn. ⊙ 7.30: Handelswissenschaft. Handelsoberlehrer Fr. Koch. ⊙ 8.30: Schlesisches Landesorchester. „Die sinfonische Dichtung." 4 Darbietungen.

Donnerstag, 14. Okt. 3.50: Schallplattenübertragung. ⊙ 4.30: Romanzen, Gavotten und Capricen. Sol. Dr. Laserstein, Curt Hosemann (Violoncello). 12 Darbietungen. ⊙ 6: Literarische Jugendstunde. Studienrat Dr. Wenzel. Landsknechtslieder des Mittelalters. Mitw.: Paul Neumann, F. Wirth, Schüler des Johannes-Gymnasiums. ⊙ 7: „Fragen der Herbstbestellung". Dr. Wagner. ⊙ 7.30: Dr. v. Grumbkow: „Einführung in die Staatsbürgerkunde". ⊙ 8.15: Die heilige Kirms. Schles. Volksstück. Perf.: Aug. Klinkert, Bauerngutsbesitzer, Bertha, seine Frau, Dr. Carl Klinkert, Veronica, dessen Frau, Frau Rosa Liebsch. ⊙ 10.30: Uebertr. a. Berlin: Tanzmusik Bernard Ette.

Freitag, 15. Okt. 4.30: Volksweisen, gesp. v. d. Funkkapelle. 5 Lieder. ⊙ 6: „Die Mitwirkung der Frau beim Jugendgericht." Oberlandesgerichtsrat Fränkel. ⊙ 7: Dr. Boehlich: Aus den Urtagen der Menschheit." ⊙ 7.30: „Würdliche historia von der Haubtstatt Bresslau". Erich Landsberg. ⊙ 8.10: Die Anekdote in Wort und Lied. Mitw.: Siegfried Bruck, Ebm. v. Bord. 3 Darbietungen. ⊙ 9.15: Kammermusik. Mitw.: Schlesisches Streichquartett. Graener: Rhapl. f. Klav., Streichqu. u. eine Altstimme. — Rubinstein: Streichquartett F-dur.

Sonnabend, 16. Okt. 3.50: Stunde mit Büchern. ⊙ 4.30: Funkkapelle. Kuhlau: Ouv. Erlenhügel. — Eberlein: Fant. „Muß denn". — Strauß: Potp. „Der lustige Krieg". — Siede: Indiskretionen. — Peter: Kosakenpost. — Strauß: Radetzkymarsch. — Gabriel-Marie: Suite gaie. ⊙ 6: Schach. ⊙ 7: „Das deutsche Drama von 1900 bis zur Gegenwart". Dr. Milch. ⊙ 7.35: Reichskurzschrift. Elise Orgler. ⊙ 8.25: Volkstümliches Konzert. Hirsch: Sehn Sie sich Berlin an, Marsch. — May: In Rothenburg ob der Tauber, Lied. — Leoncavallo: Serenade a. d. Op. „Die Medici". — Mannfred: Der Spottvogel, Potp. — Heinrich: Paraphrase über das Lied: „Noch sind die Tage der Rosen". — Ziegler: Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde. — Kollo: Annemie. — Strauß: Fledermaus-Quadr. — Albout: „Pantagruel". Marsch. ⊙ 10.30: Tanzkapelle Ette.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Im Odertor-Kino läuft der bekannte Film **„Im Krug zum grünen Kranz"**. Mit dem Lied „Das Wandern ist des Müllers Lust" fängt das Spiel an und erzählt von Freud und Leid der Liebe. Jeder sehe sich den Film an. Niemand wird es bereuen.

55 Djigiten-Kosaken kommen, wie wir hören, mit 23 Pferden in die Jahrhunderthalle auf ein kurzes Gastspiel, das schon Ende dieser Woche beginnen soll. Diese verwegenen russischen Reiter und hervorragenden Sänger zeigen sich zum ersten Male in Deutschland, nachdem sie bereits sehr große Erfolge in England, Frankreich und Belgien gehabt haben. Mit dieser großen Russenveranstaltung eröffnet die Sportarena vor Beginn der Radrenn-Saison die diesjährigen Winterdarbietungen in der Jahrhunderthalle.

Die **Emil Fache Aktiengesellschaft, Breslau,** bekannt durch ihre allgemein beliebten Fabrikate, bringt, getreu ihrem Prinzip, nur mit den allerersten Marken zu konkurrieren, einen 40prozentigen doppelten Steinhäger heraus, welcher den führenden Marken Deutschlands ebenbürtig ist. Der Fache-Steinhäger gelangt in den Fache-Gaststätten zum Ausschank und Flaschenverkauf.

Waldenburg

Stärkt den Kampffond der Partei

Neuaufnahme in die Weihnachtsliste der Arbeiter-Unterstützungskasse der Viktorgrube. Zu der gestern veröffentlichten Notiz wird uns mitgeteilt: Es kommen nur Invaliden in Frage, welche unter 60 (nicht 70) Mark und Witwen, welche unter 40 (nicht 50) Mark Knappschaftsrente und sonstige Unterstützungen monatlich beziehen und keine bestimmten Nebenverdienste haben.

Meisstein. Ein Kapitel über christliche Nächstenliebe! Ein Arbeiter, welcher schon längst aus der Kirche ausgetreten ist, und dessen verstorbenes Kind am 13. Juli natürlich ohne jeglichen kirchlichen Klimbim beerdigt wurde, bekommt am 7. Oktober vom evangelischen Kirchenrat Weißstein folgende, von christlicher Nächstenliebe durchrieselte Zustellung: „Sie schulden der evangelischen Kirchenkasse Weißstein die Stolgebühren für die am 15. Juli 1926 erfolgte Beerdigung des Kindes mit 26 RM. 80 Pfg. Falls deren Bezahlung nicht bis zum 16. Oktober 1926 geschieht, wird zwangsweise Einziehung veranlaßt. Die dadurch entstehenden Kosten fallen Ihnen zur Last, worauf wir hinweisen. Pastor Martini." — Die Maske der frommen Gottesknechte fällt sofort, wenn es darum geht, Geld einzuheimsen. Was fragen sie dann nach der Not eines armen Arbeiters. Arbeiter, merkt euch das, gebt jenen Gottesknechten die richtige Antwort.

Seitendorf. Wie weit das Verständnis reicht, was seitens der Landwirte den Proleten entgegengebracht wird, die sich von ihrem Lohn bald nicht mehr das notwendigste an Nahrungsmitteln und Kleidung zu kaufen imstande sind, das möge nachstehender Vorfall demonstrieren. Es ist allgemein bekannt, daß alljährlich nach der Kartoffelernte die Aecker von Arbeiterfrauen und Kindern nach liegengebliebenen Früchten abgesucht werden. Dieses Stoppeln lohnt zumeist nicht die damit verbundene Mühe und es wird in den seltensten Fällen von den Landwirten verboten. So erhielten auch eine Frau und zwei Kinder aus den Pitzhäusern vom Stellenbesitzer Fuhrmann die Erlaubnis, auf seinem Kartoffelfelde zu stoppeln. Nachdem sie dort mühsam drei Eimer voll zusammengesucht hatten, begaben sie sich auf den Heimweg und passierten dabei den Grenzrand des Gutsbesitzers Heinrich Reimann. Dieser rohe Patron hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als die mühselig auf anderen Aedern zusammengesuchten Kartoffeln samt Eimer wegzunehmen. Die Frau, die sich dagegen zur Wehr zu setzen versuchte, wurde brutal ins Gesicht geschlagen und am Halse gewürgt. Dabei bediente sich dieser „Held" aller möglichen Ausdrücke, wie verfluchte Bande usw. Es dürfte unschwer festzustellen sein, wer hier als verfluchter bezeichnet werden kann, der Bauer, der noch nie im Leben Hunger und Entbehrung kennen gelernt hat, oder die Arbeiterfrau, die sich, um nur leben zu können, die Brosamen zusammensucht, die von des Satten Tische fallen.

Friedland. Einbruch ins Pfarrhaus. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde in das von Pastor Sauer bewohnte Pfarrhaus eingebrochen. Der oder die Täter gelangten mit einer Leiter ins erste Stockwerk und drückten dort eine Fensterscheibe ein. Sie durchwühlten sämtliche Zimmer des Hauses und stahlen aus dem Schlafzimmer des Pastors eine goldene Sprungdeckeluhr, einen Herrengeldbeutel mit 10 Mark Inhalt und einem goldenen Trauring. Die Gegenstände befanden sich auf dem Nachttische, neben dem Pastor Sauer schlief. Er wurde durch das Geräusch aufgeweckt. Die Einbrecher wurden verscheucht und suchten das Weite. Obwohl sofort polizeiliche Hilfe zur Stelle war, konnten die Täter über den Kirchhof und Kirchberg entkommen. In der gleichen Nacht wurde ein Einbruch auch in den katholischen Pfarrhof versucht. Dort wurde der Täter verscheucht, da der Hund anschlug.

Friedland. Betriebsunfall. Am Sonnabend vormittag verunglückte der Fabrikarbeiter Rohner bei Ausübung seines Berufes in der Mechanischen Weberei der Firma Julius Bendix u. Söhne. Rohner bediente den Fahrstuhl und fiel in den 14 Meter tiefen Schacht. Er war auf der Stelle tot.

— Der Architekt Otto Grosser, Major der Res. a. D., Ritter hoher Orden, Besitzer des ältesten Baugeschäfts Friedlands, wurde das Opfer seiner Gesellschaftsordnung, indem ihm seine christlichen Freunde (mitzen Juden) finanziell derart zugesetzt hatten, daß er letzte Hand anlegte, um seinem Leben ein Ende zu geben. Die Verunglückten gehen mit dem blauen Auge davon. Siehe Vereinsbank-Skandal. Gerichtliches Urteil: 9 Monate Gefängnis.

— Friedlands Stadtverwaltung sucht in Punkto Polizei-Beamten ein besonderes „Glückskind" zu leiten. Sind es doch ein einzig Jahr her, als man die heilige Polizei verhaften mußte. Und schon flickert wieder hindurch daß ein Polizeibeamter W. im Amte sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ. Er hat somit eine besondere Strenge gegen Inhaftierte und Arbeiter an den Tag gelegt. Es ist immer noch dasselbe Verhältnis wie früher, daß man vor der „heiligen Polizei" zu viel Respekt hat.

Görlitz

Die Kommunisten im Landtag und die Volksschule in Fraustadt

Die kommunistische Fraktion hat im preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„In Fraustadt (Grenzmark) ist die Volksschule in einem ehemaligen Kloster untergebracht. Die Kinder sind in diesen Räumen, die feucht und dunkel wie Kerkerräume sind, eingepfercht. Wenige hundert Meter von dieser „Volksschule" steht ein größeres, modernes Gebäude der Stadt Fraustadt zu annehmbaren Bedingungen zu überlassen. Um diesen skandalösen Zustand zu beseitigen, beantragen wir: Der Landtag wolle beschließen:

Das in Fraustadt leerstehende, dem Staate gehörende Seminar wird sofort der Stadt Fraustadt unentgeltlich zur Verwendung als Volksschule überwiesen.

Die Pirnaer Bauarbeiter für Lohnerhöhung und gegen das Vorgehen der Polizei in Breslau

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter)

Die vorige Woche in der „alten Hoffnung" tagende Mitgliederversammlung wies angesichts der Kündigung des Tarifs und der damit drohenden Herabsetzung der Löhne einen schwachen Besuch auf. Der 1. Vorsitzende behandelte diesen Punkt eingehend. Nachdem von seiten der Opposition ein Antrag betreffs einer Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Stunde eingebracht und begründet wurde, erkannten die meisten Kollegen die weitere Bereicherung und Gefährdung ihrer Existenz und bewiesen durch ihre einstimmige Annahme des Antrages ihre Kampfbereitschaft.

Der Kartellbericht bezogle sich im wesentlichen mit dem 25jährigen Bestehen der Amsterdamer Internationale und wurde der Gegenstand einer lebhaften Diskussion. Es wurde die Stellung des ADGB. und des IGB. im besonderen zum Verzweiflungskampf der englischen Bergarbeiter gebrandmarkt, da diese Organisationen nach 25 Jahren „segensreicher Tätigkeit" soweit angelangt sind, daß außer einer im letzten Moment eingesetzten Geldsammlung nichts unternommen wurde, um den schon monatelang kämpfenden Bergarbeitern tatkräftig helfen zu können.

In einer von der Opposition eingebrachten Resolution erhebt die Versammlung schärfsten Protest gegen die ungeheuerlichen Vorgänge in Breslau und stellt sich einmütig mit Ausnahme eines ganz vernagelten Kameraden des Herrn Kleibömer, hinter folgende Forderungen: **1. Amtsentsetzung des Polizeipräsidenten sowie seines Stellvertreters; 2. Bestrafung derjenigen Offiziere der Schupo, die den Feuerbefehl gegeben haben; 3. ausreichende Unterstützung der Opfer und ihrer Angehörigen, sowie 4. sofortige Einstellung aller polizeilichen Schikanen gegen Erwerbslose.**

Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Feststellung der Krankheitsursache auf Grund der politischen Einstellung? Daß auch bei Krankheit die politische Einstellung eine große Rolle spielt, zeigt uns folgender krasser Fall: Ein erkrankter Proletarier wird von der Krankenkasse zur Nachuntersuchung zu Herrn Sanitätsrat Dr. Kautschke bestellt. Dieser begrüßte den Kranken mit den Worten „Sind Sie Stahlhelmer?" Als der Kranke aber erwiderte: „Was denken Sie sich denn, ich bin Prolet!", fielen die schönen Worte: „Sie wollen krank sein, wir werden es gleich mal sehen." „Leider" konnte der Herr Sanitätsrat, wahrscheinlich zu seinem größten Bedauern, den Mann nicht gesund schreiben. Der Vorfall gibt zu der Vermutung Anlaß, daß es zwischen erkrankten Stahlhelmern und Proleten einen Unterschied gibt. Wir verdammen von jeher die Nachuntersuchung, welche ein Mißtrauensvotum gegen die ambulierenden Aerzte ist, wobei in den meisten Fällen kaum 14 Tage kranke Kassenmitglieder arbeitsfähig geschrieben werden, trotzdem oftmals die Kranken noch nicht wieder hergestellt sind. — re.

Eine überflüssige Polizeiverordnung. Vor einigen Tagen wurde von der Polizeiverwaltung verfügt, daß die Häuser um 7 Uhr abends geschlossen sein müssen. Diese Verfügung ist eine große Härte für die Arbeiterschaft. Der größte Teil steht bis um 6 Uhr in Arbeit. Dazu kommen noch die vielen Angestellten, welche erst um 7 Uhr Feierabend haben. Viele haben dann noch irgendwo etwas zu erledigen und finden überall eine verschlossene Haustür. Auf Grund dieser Verordnung ist nun jeder gezwungen, an den Wochentagen Besuche und sonstige Erledigungen zu unterlassen. Auch die Aerzte und Hebammen werden oftmals Schwierigkeiten durch das zeitige Schließen der Haustüre haben. Die besitzende Klasse wird von dieser Verfügung nicht betroffen, da sich ja an den Häusern und Villen der Bourgeoisie überall Klingeln befinden. Die Arbeiterschaft kann hieran wieder einmal erkennen, daß man auch sie keinerlei Rücksicht nimmt und nur sie immer die Opfer aller Polizeiverfügungen sind.

Die Kriegsbeschädigten gegen Dr. Herford. Vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Görlitz, wird uns folgendes geschrieben: Am Donnerstag, den 7. Oktober, tagte im großen Saal des Felsenkeller, Sonnenstraße, die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Görlitz unseres Bundes. Die reichhaltige Tagesordnung wurde sehr sachlich erledigt. Eine lebhafte Aussprache fand über das Verhalten des Stadtmedizinalrates Dr. Herford den Kriegsbeschädigten gegenüber statt. Der Vorgang selbst war von uns aus bereits in Nr. 227 vom 30. September der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, Donnerstag, den 7. Oktober 1926 im Lokale „Felsenkeller", Sonnenstraße, stattfindende stark besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Görlitz des Intern. Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten des Herrn Stadtmedizinalrates Dr. Herford, Kriegsbeschädigten auf offener Straße gegenüber. Sie verurteilt ganz entschieden das Benehmen dieses Herrn, daß unwürdig ist dem eines beamteten Arztes und Dezernenten der „Kriegsbeschädigtenfürsorge". Die von Herrn Dr. Herford gebrauchten Worte zeugen von einer derartigen Roheit, die auch die anderen gegen denselben erhobenen Beschwerden (Terske, Hötzel usw.) in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen. Die Versammlung verlangt die anderweitige Besetzung des Kriegsbeschädigten-, Sozialrentner- und Wohlfahrtsdezernates."

Von der Schutzpolizei. Wie wir hören, dürfte es nun mit der Verstärkung der Görlitzer Schutzpolizei ernst werden. Die Kommandos Glogau und Jauer sind mit dem 1. Oktober aufgelöst worden und verbleiben nur noch so lange in ihren Standorten, bis die neu eingestellten kommunalen Polizeibeamten, die dort zum größten Teil fremd sind, genügende Ortskenntnis erlangt haben, um den Straßendienst ausüben zu können. In Jauer hat die kommunale Polizei ihren Dienst bereits am 3. Oktober angetreten. Von dieser berittenen Hundertschaft werden in allernächster Zeit, wahrscheinlich in der kommenden Woche, etwa 30 Beamte mit ihren Pferden nach hier übersiedeln. Da die der Schutzpolizei zur Verfügung stehenden Stallungen nicht ausreichen, werden die Pferde in den Ställen des „Gasthauses zur Sonne" auf dem Demianiplatz untergebracht. Wann die Beamten aus Liegnitz und Glogau hier eintreffen, ist noch unbestimmt. Wahrscheinlich geschieht es noch in diesem Jahre. Während Jauer und Glogau dann vollständig von Schutzpolizei entblößt sein werden, verbleiben bis auf weiteres in Liegnitz und Grünberg je eine Hundertschaft. — Brot und Arbeit ist nicht vorhanden, also sorgen die Kapitalisten für Verstärkung der Polizei.

Die Folgen der Rationalisierung

Lehrlinge verunglücken — Ausgelernte werden entlassen — Erwachsene arbeiten bis zu 16 Stunden — Alte Leute und Invaliden verhungern

Wir veröffentlichen fünf Zuschriften unserer Betriebsberichterstatter, die treffend die Auswirkung der kapitalistischen Rationalisierung illustrieren. — D. Red.

Karlshütte in Sandberg. Vier Unfälle in einer Woche. Am 7. Oktober verunglückte der Schlosserlehrling Höhn. Die Entfernung zwischen Tisch und Schmirgelscheibe war zu groß, der zu bearbeitende Gegenstand riß den Lehrling um. Dieser kam mit der Hand in die Schmirgelscheibe. Die Ueberführung zwecks einer Operation ins Krankenhaus war notwendig. Es ist jetzt der vierte Unfall seit reichlich einer Woche.

Hydrometer in Breslau. Ein Lehrling schwer verunglückt. Vor einigen Tagen stellten wir fest, wie ungeheuer die Zahl der Lehrlinge im Vergleich mit der Vorkriegszeit in unseren Betrieben gestiegen ist. Die Lehrlinge werden zu Arbeiten herangezogen, die früher nur von Erwachsenen verrichtet wurden. Naturnotwendig müssen so die schwersten Unfälle passieren. In der Abteilung Werkzeugmacherei waren am Mittwoch zwei Arbeiter und ein Lehrling mit der Abmontage einer schweren **(7 Zentner!)** Drehbank beschäftigt. Der Meister Schmidt nahm einen von den beiden Arbeitern wegen eiliger Drehearbeit weg. Der zurückgebliebene Schmied Pohl und der Lehrling Reimann konnten die schwere Maschine nicht meistern. Sie fiel um, wobei der Lehrling einen **Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung** erlitt.

Karlshütte in Sandberg. Kaum ausgelernt — schon entlassen. Mit der ganzen Rücksichtslosigkeit, die dem kapitalistischen System innewohnt, setzen die Schwerindustrie und das Finanzkapital ihren Plan der Rationalisierung durch, auf Kosten der Arbeiterklasse. Die „Segnungen" der Rationalisierung zeigen sich in der steigenden Verelendung der Arbeiterklasse. Wiederholt beleuchten wir uns die „Stilblüte" für Arbeiterentlassungen, Herrn Obermeister Förster, näher. Mit den erdenklichsten Mitteln versucht diese „Größe" das Heer der Erwerbslosen zu vergrößern. Die Schamröte müßte Herrn Förster ins Gesicht steigen, wenn Lehrlinge am Tage ihres Freiwerdens — wo es den Eltern schwer gefallen ist, den Sohn bis dahin durchzuschleppen — die Entlassung im zynischen Ton erhalten. Der Eisenbohrer Schneiche und Werkstattschreiber Krause bekamen plötzlich, wegen (angeblich) unerlaubten Zigarettenverkaufs, die Kündigung. Den beiden Entlassenen saß der Kopf auf dem richtigen Fleck, und Herr Obermeister Förster mußte mit Bedauern die Kündigung zurücknehmen.

Continental in Görlitz. Bei 55 Pfg. Stundenlohn 12 bis 16 Stunden Arbeitszeit. Nette Zustände herrschen auf der Arbeitsstelle der „Continental"-Straßen-Asphaltierungs-Gesellschaft Berlin, welche von der Stadt Görlitz die Ausbesserungsarbeiten der Trotzendorfstraße erhalten hat. Bei einem Stundenlohn von 55 Pfg. (Tarif 63 Pfg.) muß

12 bis 16 Stunden täglich

auch Sonntags und Feiertags gearbeitet werden, ohne Zuschläge auf Ueberstunden oder Sonntagsarbeit. Wer diese Arbeitszeit nicht mitmacht, wird entlassen. Genau so fein wie die Gesellschaft ist ihr Vorarbeiter namens Krison. Nicht nur, daß er für die paar Pfennige Höchstleistungen verlangt, läßt er sich mit „Sie" titulieren. Ausgemergelte Erwerbslose, welche auf Grund geleisteter Arbeit Abschlagszahlung verlangen, um ihrem Körper die nötigen Nahrungsmittel zuzuführen, damit sie leistungsfähig bleiben, fertigt er mit den Worten ab: **„Wenn Ihr nichts zu fressen habt, bleibt doch zu Hause; es gibt doch genug Erwerbslose."** Auch ist der Herr Vorarbeiter auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht gut zu sprechen. Es ist natürlich kein Wunder, wenn die Erwerbslosen unter diesen Verhältnissen nicht erst zu arbeiten anfangen oder nach ein- bis zweistündiger Tätigkeit lieber wieder ins Elend der Erwerbslosigkeit zurückkehren. Wir können es nur nicht verstehen, daß die Stadt Görlitz sich bei der Arbeitsvergebung die Firmen nicht besser ansieht. Oder berücksichtigt man nur den billigsten Kostenanschlag? Jedenfalls wieder ein Beispiel der Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. —re—

Die Eisenbahn-Invaliden sind zum Hungertod verurteilt. Mehrere Eisenbahn-Invaliden bitten uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift: „Seit 1923 sind wir alten verbrauchten Eisenbahn-Invaliden zum Hungertode verurteilt. Mitte Dezember wurde die Arbeiterpensionskasse zerstückelt. 1914 besaß diese Kasse ein Vermögen von über 340 Millionen und große Baulichkeiten im ganzen Reich. Die alten Handwerker und Arbeiter, die nach über 40 Dienstjahren bis 1924 auf die Straße geworfen wurden, sind 60 bis 65 Jahre alt. Sie bekommen aus der Pensionskasse B 30 bis 56 Mark monatlich. Die Jüngeren, zum Teil auch an Dienstjahren, die erst im Jahre 1926 Invalide wurden und in der Zeit von 1924 bis 1926 zweimal eine Lohnaufbesserung erhielten, haben monatlich 20 Mark mehr als die Abteilung B. Das ist unzweifelhaft eine unbillige Härte für die Aelteren. Wir fordern eine Rente, wie es der satzungsmäßige, gestaffelte Pensionsschein jedem Handwerker und Arbeiter zuspricht. Es geht nicht an, daß zur Berechnung der Rente nur der letzte Jahresverdienst zugrunde gelegt wird. Die Neufestsetzung der Renten ist mit Zustimmung des Deutschen Einheitsverbandes geschehen. Die alten Invaliden werden bei der nächsten Reichstagswahl den reformistischen Führern die Quittung für ihr Verhalten geben."

Die Kommunisten mehr als die alten Invaliden. Sie kämpfen für die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der jeder Arbeitsfähige, ohne Rücksicht auf das Alter, ein auskömmliches Dasein haben wird.

*

Es gilt, gegen die Auswirkung der Rationalisierung Front zu machen. Wir sind nicht gegen die Rationalisierung. Wir sind gegen ihre Durchführung auf Kosten der Arbeiterschaft. Die Rationalisierung wirkt sich in allen Betrieben Deutschlands in gleicher Weise aus. Ihre Auswirkungen müssen von allen deutschen Arbeitern gleichzeitig nach einem bestimmten Plan bekämpft werden. Diesen Plan aufstellen und die zersplitterten Kräfte zum gemeinsamen Kampf sammeln wird der Kongreß der Werktätigen. Deshalb.

wählt Delegierte zum Kongreß der Werktätigen!

Achtung, Kolporteure!

Verschiedene Kolporteure haben ihre Septemberabrechnung noch nicht eingesandt und erwarten wir umgehende Einsendung. Gleichzeitig ermahnen wir auch an dieser Stelle alle Kolporteure, welche Mahnschreiben erhalten haben, nun endlich ihren Verpflichtungen dem Verlag gegenüber nachzukommen.

Der Verlag.

Arbeitersport

Handballer-Spielausschuß Breslau. Am Mittwoch, 13. Oktober Spielausschußsitzung. Dazu werden folgende Spieler vorgeladen: Simarisky, Poseidon II., Zimmer 1897 I. und Heida 1897, sowie die Schiedsrichter Lassalig 5. Abt. und Mosig, Felsenfest. **Der Spielausschuß.**

Kommunistische Jugend und Arbeitersport. Der Kommunistische Jugendverband, Gruppe Breslau-Ost, nimmt am kommenden Mittwoch in seinem Heimabend in der Schule Brockauer Straße zu dem Thema „Neutraler oder Arbeitersport" Stellung. Referent ist Gen. Thomas. Beginn 8 Uhr, Eintritt frei, Gäste willkommen.

Kotzenau. Handball: Kotzenau I gegen Zerbau I 0:4. Auf dem Platze der Schutzpolizei in Glogau trafen sich am Sonntag der Turnverein Kotzenau und die Freie Turnerschaft Zerbau. Das Spiel stand bis zur Halbzeit, wo Kotzenau mit Wind spielte, 0:0. Nach den letzten drei Toren, die kurz hintereinander fielen, hatte sich Zerbau auf die Verteidigung beschränkt und alle Versuche von Kotzenau, ein Tor zu erzielen, waren erfolglos. Der starke Wind behinderte das Spiel sehr. — **Fußball.** Falke Kotzenau II weilte bei der 2. Goldberger Mannschaft zu Gaste und gewann 7:1.

Arbeitersportler!
Delegiert zum Kongreß der Werktätigen!

Führer durch die Geschäftswelt aus der Umgegend von Görlitz.

Hirschberg

Hermann Krebs
Langstraße, Ecke Markt
Spezialhaus für
Damen- u. Herrenstoffe, Futterstoffe, Knöpfe u. Kurzwaren

Gustav Püschel
Uhrmachermeister
Ring 7, Hof, 1 Treppe
Best eingericht. Reparaturwerkstatt

Polstermöbel-Zentrale
Aufpolsterungs-Anstalt
jede Art Polstermöbel
Reelle Verarbeitung Billige Preise
Ratenzahlung gestattet
Greiffenberger Straße Nr. 42

Erich Maiwald
Milchhalle, Dunkle Burgstraße 9
Liter- und Gläser-Ausschank
Margarine

Hirschberger Schürzen- und Wäschefabrik
Wilhelm Maly
Hellerstraße 17

Ernst Ilig
Greiffenberger Straße 11
Brot,
Weiß- und Feinbäckerei

Gustav Fromberg
Greiffenberger Straße 5
Holz- und Kohlenhandlung
Lieferung frei Haus

Johannes Ender
Gerichtsstraße 1a
Kolonialwaren
Lebensmittel

Warnemünder Spezialfischgeschäft
Gegr. 1880 Tel. 534
Markt 11, Eingang dunkle Burgstr.

Fa. Gustav Hornig
Großdestillation
Wein- und Zigarrenhandlung
Riesengebirgs-Spezialitäten

R. Hamann
Markt 60
Strümpfe
Trikotagen
Kurzwaren

Du schadest deiner Konkurrenz wenn du bei einem Geschäftsmann kaufst der nicht in der Zeitung inseriert

Warenhandlung Jeschke
an der Promenade
Lebensmittel

Otto Winkler
Aeußere Burgstraße 31
Verkauf feinster Brot und Weißwaren

Penzig

Karl Grötz
Langenauer Straße 5
Kolonialwaren
Schnittwarenhandel

P. Siebeneicher
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Herrenwäsche, Krawatten
Bleyle Kinder-Anzüge

Karl Schünemann
Turnerstrasse 2
Fleisch- u. Wurstwaren

Arthur Pufe
Görlitzer Strasse 51
Fein-, Fleisch- und Wurstwaren

Robert Kahl
Wilhelmstraße 30
Eisen-Kurzwaren
Haus- und Küchengeräte

Paul Bräuninger
Allerfeinste Weizen- u. Roggenmehle
sowie prima Futter-Artikel
zu mässigen Preisen

F. Drews, Uhrmacher
Uhren, Goldwaren
Optische Artikel
Reparatur-Werkstatt

Max Schönfelder
Wilhelmstrasse 18
Schuhmachermeister

Reinhold Thiele
Sorauerstraße 18
Fleisch- u. Wurstwaren

Emil John, Sorauer Strasse 9
Großes Lager erstklassiger
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Vorteilhafte Bezugsquelle
für alle Kolonialwaren

Otto Kindler
Wilhelmstrasse 1 a
Kolonialwaren
Flaschenbier-engro-Geschäft

Heinrich Lamert
Sorauer Strasse 2
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Georg Herrmann
vorm. Bernh. Schwarzberg
Fernspr. 71 Penzig OL. Wilhelmstr. 21
Anerkannt reelles Geschäft für
Bekleidung und Schuhwaren
Altbewährter Grundsatz
Gute Waren zu billigsten Preisen

Paul Angermann
Körnerstrasse 5
Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Harry Exner
Buchbinderei, Papierhandlung
Zigarren u. Zigaretten
Wilhelm-Strasse

Lauban

Richard Liebeck
Nieder-Alt-Lauban 43
Kolonialwaren - Schokoladen - Tee
Zigarren - Zigaretten - Tabake

Martha Loquay
Markt 27
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Stets Neuheiten in Schürzen

Anton Pilz
Nikolaistraße 23
Mehl und Futtermittel
Hülsenfrüchte und Nudeln
Kolonialwaren

Ernst Schunke
Kohlen und Kolonialwaren
Nieder-Alt-Lauban 46 b

Ernst Steinbach
Markt, gegenüber J. Mosler
Weiß-, Woll- und Kurzwaren

Fa. E. Lorenz
Viktoriastraße 1
Lebensmittel
Spirituosen
Rauchwaren

W. Jackob
Nikolaistraße 13
Kinderwagen, Korbwaren

Paul Wolf
Nähmaschinen- und Fahrradhandlung
und Ersatzteile
Reparaturen an allen Systemen
preiswert, schnell und sauber

Paul Stephan
Görlitzer Straße 5
Fleisch u. Wurstwaren
Eigene maschinelle Kühlanlage

Alle Genossen kaufen:
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kaffee und Schokoladen
bei **Emil Juhl**
Nikolaiplatz 9

Edmund Jack
Brüderstraße 17 (am Schwiebogen)
Kolonialwaren, Konfitüren
Fischwaren u. a. m.

Arthur Eichner
Nikolaistraße 23
Eisenwarenhandlung
Haus- und Küchengeräte

Amand Stelzer
Richterstraße 18
Obst, Gemüse, Kolonialwaren

Optiker Köhler
Weberstraße 7
Fachgeschäft für Augengläser
(Lieferant aller Krankenkassen)

Fahrradhaus Oskar Arndt
Weberstraße 26
Motorräder
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen
Sämtliche Zubehörteile
Eig. mod. eingerichtete Reparaturwerkstatt

Marklissa

Otto Gottschalk
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Markt 28
Jeden Abend Warme Wurst

B. Wallentin
Laubaner Straße Marktecke
Kolonialwaren
Haus- und Küchengeräte

Rich. Hoffmann
Schwertaer Straße 107
Fleisch u. Wurstwaren

Erich Schnabel
Markt
Drogen, Farben
Kolonialwaren

Otto Stiller
Motorräder :: Fahrräder
Reparatur-Werkstatt
Gelegenheitsgeschenke
Emaille, Glas, Porzellan, Steingut

Rudolf Weiß
Markt 281
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Butter und Käse

Moys

R. Runge
Moys-Görlitz
Seidenberger Straße, Ecke Bahnhofstr.
Arbeiter- u. Berufsbekleidg.
Maßanfertigung für Herren

Mehl, Getreide, Futtermittel
und Sämereien
Wilhelm Wolf
Seidenberger Straße Nr. 9

Paul Ulbrich
Seidenberger Straße 25
Fleisch und Wurstwaren

Kerzdorf-Lauban

Paul Kunth
Verkauf feinster Fleisch- und Wurstwaren

Langenöls

Bruno Günther
Bekleidungs- und Schuhwaren-Haus

Bruno Haase
Fleisch
und Wurstwaren

Alfred Güntzel
Kolonialwaren
Feinkost
Zigarren Zigaretten

Rauschwalde

Meta Nostitz
Rauschwalde
Reichenbacher Straße 14
Lebensmittel

Alle Arbeitsbekleidungen
kaufen Sie gut und billig
P. Ernst, Zittauer Straße 11

Schönberg

Fritz Winkler
Markt 11
Arbeitsbekleidung
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Lobe-Theater

Montag, 11. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Maß für Maß
Dienstag, 12. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Mensch und Uebermensch
Mittwoch, 13. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Maß für Maß
Donnerstag, 14. 10., 8 Uhr
halbe Preise
Maria Stuart

Thalia-Theater

Sonnabend, den 9. 10.
bis Freitag, 15. 10.
Täglich
abends 8 Uhr
Schneider Wibbel

Liebich-Theater
Telephon Stephan 34646
Täglich 8 Uhr
Kapit. Winstons Nymphen und Seelöwen
und das
sensation. Oktoberprogramm
Billige Eintrittspreise v. 0.50 R.-M. an
Jeden Sonntag nachm. 3½ Uhr
Familien- und Kinder-Vorstellung
Das volle Programm zu ermäßigten Preisen

Theater EDEN Theater
Nikolaistrasse 27

Uraufführung für Deutschland!
Tom Mix
im Kampfe mit einer raffinierten Verbrecherbande
in seinem neuesten Sensationsfilm
Cowboy und Zirkuskind
bringt Sensationen von nervenpeitsch. Spannung
bringt erbitterte Kämpfe von seltener Schärfe
bringt Sensationen von ungeahnter tollkühnheit
Reichhaltiges Beiprogramm
Vorstellungen
4½, 6½, 8½ Uhr. Sonntags 3, 4¾, 6½, 8½ Uhr.

Bekanntmachung
Pfänder - Versteigerung
am Donnerstag, den 14. Oktober 1926
vormittags 9 Uhr
Rote Scheine bis Nr. 31 000
Weiße Scheine bis Nr. 21 000
Verlängerungen werden nur bis zum 11. d. M. angenommen.
Vom 13. Oktober, mittags 1 Uhr ab bis zum 15. Oktober, mittags 1 Uhr ist das Leihhaus für Annahme und Ausgabe von Pfändern geschlossen
Städtisches Leihhaus, Breslau
Messergasse 9, Ecke Stockgasse

Schauspielhaus
Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 37 460
Täglich 8 Uhr
Lady Hamilton
Musik v. Eduard Künneke

Victoria-Theater Tel. R. 2297
Täglich
8¼ Uhr
„Timotheus geht daneben"
Schwank
in 3 Akten mit
Elfriede Mertens

Odertor-Lichtspiele
Breslau, Weinstrasse Nr. 53/55
Nur bis Donnerstag!
Einlaß ½6 Uhr, Anfang 6 Uhr
Alles ist begeistert
die einzigschöne Singfilm-Operette
Im Krug zum grünen Kranze
entzückend d. volkstümlich. Melodien
herrlich die wundervollen Aufnahmen
lustig und fidel die Handlung!
Gastspiel Berliner Sänger
Dazu
vorzügliches Beiprogramm
Jugendliche
haben ausnahmsweise Zutritt

Oeffentliche Volksversammlung
Rudolf Rocker, Berlin
Der beste Kenner der Internationale
spricht über
Monarchie, Demokratie, Anarchie
Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7½ Uhr
in den Zentralballsälen, Westendstraße 52
Freie Aussprache **Eintritt 20 Pf.**
Schaffende aller Stände sind hiermit eingeladen.
In der Aula, Viktoriaschule, Blücherstraße
spricht Rudolf Rocker in 3 Vorträgen
abends 7½ Uhr
Freitag, den 15. Oktober
„Ursprung und Wesen der Religion"
Sonnabend, den 16. Oktober
„Entstehung u. Entwickelung des Staates"
Montag, den 18. Oktober
„Nationalismus u. kulturelle Entwickelung"
Preis der drei Vorträge 80 Pf.
Freie Arbeiter-Union Deutschland
(Anarcho-Syndikalisten)

Amtliche Bekanntmachung
Betrifft Winterbeihilfe
Ausgabe der Gutscheine über Kartoffeln und Lebensmittel an:
Sozialrentner und Armenrentner
am Dienstag, den 12. Oktober
vormittags 8—12 Uhr
Kleinrentner u. solche Rentner, deren Einkommen für **Alleinstehende** nicht mehr als **45.— Mk.,** für **zwei Personen** nicht mehr als **65.— Mk.** beträgt
am Dienstag, den 12. Oktober
nachmittags 2—6 Uhr.
Familien mit 4 und mehr Kindern unter 14 Jahren, Witwen mit 8 und mehr Kindern unter 14 Jahren mit Ausnahme Kriegsbeschädigter u. Kriegshinterbliebener, die Zusatzrente erhalten, wollen sich zwecks Kartoffellieferung im Darlehnswege
am Donnerstag, vormittag 8—12 Uhr
im Wohlfahrtsamt melden.
Genaue Innehaltung der festgesetzten Fristen ist im eigenen Interesse unbedingt erforderlich.
Weißstein, den 11. Oktober 1926
Der Gemeindevorsteher
J. V. gez. Scholz, Schöffe

Stadttheater Breslau
Dienstag, abends 8 Uhr
Zweites Gastspiel
Kammersänger Richard Tauber
Die Fledermaus

Circcus Busch-Gebäude
Vom 16.-31. Okt.
Sensations-Gastspiel
Sylvester Schaeffer
u. ein fabelhaft. **Varieté-Programm**

Restaurant Zum Ratsherrn
Breslau, Ring 5
Kurfürstenseite

Möbel
auf Teilzahlung
F. Dawid, Breslau
Friedrich - Wilhelm - Strasse 91.

Werbt neue Abonnenten!

Winter - Kartoffeln
bestellt man am besten in der
Kartoffel - Großhandlung
Aloys Herrmann jr.
Breslau, Paulstr. 19
Fernspr. Ohle 4709

Bekanntmachung
Der von der Ortspolizeibehörde unter Zustimmung der Gemeindevertretung festgesetzte Fluchtlinienplan für die Fürstensteinerstraße im Gemeindebezirk Weißstein liegt vom 11. d. M. bis zum 25. d. M. einschließlich im hiesigen Gemeindebauamt öffentlich zu jedermanns Einsicht aus.
Weißstein, den 7. Oktober 1926
Der Gemeindevorsteher
J. V. Scholz.

Leopold Zuda, Striegau
Kleiderstoffe, Webwaren, Wäsche, Trikotagen, Strumpfwaren
Damen- u. Kindermäntel, Kleider, Blusen, Röcke, Strickjacken

Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in
Herrmann Veit's Dampf-Bäckerei
Striegau, Liegnitzer Strasse 3

B Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Hindenburg

Victor Elias
Lederhandlung und Schäftefabrik
Größtes Ledergeschäft am Platze
8273 neue Alsenstr. 2.

Gebr. Markus G. m. b. H.
Hindenburg
Kurz-, Weiß-, Woll- und Strumpfwaren
Herrenartikel / Trikotagen / Damenputz

Theo Kallmann
Schokoladen - Zuckerwaren
8275 Kronprinzenstr. 123

Carl Rötering
Kaniastraße 2
Lederwaren / Sportartikel
8307 Linoleum

MAX LUSTIG
8344 Dorotheenstr. 7
Fabrik ff. Liköre.

H. FISCHER
Inh. Oskar Preiß
8345 Schechestr. 1
Manufaktur- und Kolonialwaren

Max Fichauer
Bahnhofstr. 1
das billige Schokoladen- und Zuckerwaren-Haus
8346

Spezial-Haus
moderner Haar-, Filz- und Seidenhüte
Felix Hergesell
8338 Kronprinzenstr. 143

Likör-Fabrik
Max Zimmermann
Als Spezial.: Branntwein Marke Roland
ff. Getreidemischung pr. Liter 2.20
8013 Preiswerte Weine.

Valentin Böhm
Dorotheenstr. 5
Herren- und Knabenkleidung
Große Auswahl Billigste Preise
8347

P. Böhm
Manufakturwaren
Dorotheenstr. 2
8342

Adolf Czysch
Kronprinzenstr. 136
Herren- und Knaben-Garderoben
Arbeiter-Bekleidung
zu billigsten Preisen
8336

Schuh - Zentrale
(Hotel Kochmann)
Größtes Lager
Billigste Preise
8330

Zigarrenhaus „Glück auf"
Inh. Joh. Schnigelock
8301 Dorotheenstr. 50
Reichhaltiges Lager in Lederwaren, Schirmen und Stöcken
Annahme von Reparatur-Schirmen

Schwarz & Co.
der billige Zigarren-Laden
8334 Bahnhofstraße 4

Nathan Grabowski
Schuhwarenhaus
8335 Bahnhofstraße 6
reell und billig

Badrian & Angreß
8337 Hindenburg
Manufaktur und Modewaren

Anton Tchorz
Schneidermeister
8307 Paulstraße 28
Anfertigung nach Maß

Eugen Herzka
Kleiderstoffe / Seiden / Gardinen
Teppiche / Leinen / Baumwollwaren
8329

Jakobsohn & Co. ✶ Manufaktur, Modewaren
8321 Kronprinzenstr. 108 Wäsche, Gardinen

Hermalinski & Faber
Hindenburg O/S., Bahnhofplatz 7
Das älteste Zigarrengeschäft am Platze
Zweiggeschäft: Biskupitz, Hindenburger Str. 38
8268

Max Siegel
Inh. Richard Moses
Kaffeehaus — Restaurant — Gastbetrieb
Warme und kalte Küche zu jeder Tageszeit
8321 Paulstraße 23

D. Proskauer
Kurz- und Wollwaren
8322 engros — en détail
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Kronprinzenstr. 100

Reserviert

Zaborze
Lederhandlung
8314 S. Dallmann
Brojastr. 42
Hindenburg, Schechestr. 1

Adolf Jakubek
Kolonialwaren u. Delikatessen
Zaborze B, Brojastraße 32
8318

Lederhaus
Max Goldstein
Schechestraße 1
Spez.-Haus für Herren- u. Knabenbekleidung
8325 Anfertigung nach Maß.

Möbelhaus Robert Rischke Nachfg.
8309 Stollenstr. 8

Josef Peschke
Kronprinzenstr. 133
Manufaktur, Weiß-, Woll-, Kurzwaren
8358 Stets billige Preise

H. Markiewitz G. m. b. H.
Brojastr. 42
8317 Billigste Bezugsquelle für sämtliche Bekleidungsartikel

Haus- und Küchengeräte
Lederwaren, Stöcke u. Schirme
Schirmer & Malinowski
8319 Brojastraße 28

Karl Stallmach
Dorotheenstr. 31
Kurz-, Wolle- u. Wollwaren
Herren-Artikel

Jos. Bienkoks Nachf.
Inh. Edgar Geltz
Kronprinzenstr. 155 Telephon 1468
Gemischt. Lebensmittel, Wein, Geflügel, Weine, Liköre.
8351

Musikhaus Ed. Skoberla
8341 Kaniastraße 1

Hans Baumgart
Brojastraße 34
Herrenartikel u. Wollwaren
8316

MAX WOLFF
8350 Wilhelmstr. 16
Billigste Bezugsquelle
für Weine / Liköre / Spirituosen

Paul Wollek
Kronprinzenstr. 33
Textilwaren, Eisenwaren, Lebensmittel

S. KOSTERLITZ
8336 Inh. Jakob Kochmann
Destillation und Likörfabrik

Kaufhaus Siegm. Singer
Mikultschütz O.-S.
Damenputz, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
8321

Billigste Bezugsquelle
für
8313 **Schuhwaren**
Heinrich Adler
Brojastr. 42 — Kronprinzenstr. 99

Johann Madejczyk
Kolonialwaren und Delikatessen
Tel. 1389 Kronprinzenstr. 93
8318

Tabakhaus Adamczyk
8328 Dorotheenstr. 34 Ecke Gartenstr.

Möbelhaus PAUL BIENIOK
5279 Kronprinzenstraße 223

Josefa Wischnitzer
BISKUPITZ—BORSIGWERK
Modewaren / Herrengarderobe
8303 Schuhwaren
Hindenburger Straße (an der Kirche)

Bobrek
Kaufhaus Singer
Größte Bezugsquelle für Kolonialwaren
Manufaktur- und Schuhwaren, Herrenartikel
8281

Verantwortlich für Politik, für den Betriebsteil, Feuilleton und Lokales: Max Ihmann, Inserate: A. Müller, beide in Breslau. Verl. Schles. Verlagsgesellsch. mbH. Breslau. Druck Peuvag-Berlin, Fil. Bresl.